

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



4 / 2007

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Zwischen Qualität und Quote

Der Themenschwerpunkt der Akademie im Jubiläumsjahr lautete: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Anders gefragt: Was treibt sie auseinander, welches sind die Fliehkräfte? Und wie stark sind sie? Es lag nahe, dabei die heutige Integrationskraft der Medien auf den Prüfstand zu stellen. Liefern Medien noch den täglichen Leim, der die Gesellschaft zusammenhält? Oder geht das fragmentierte Publikum den Medien eher auf den Leim? Die Fachtagung brachte Wissenschaftler, Journalisten und Politiker an einen Tisch.

Seite 3

Akademiedirektor Oberreuter wurde 65

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter feierte in der Akademie mit zahlreichen Freunden, Kollegen und Begleitern aus



Einer der prominenten Gratulanten zum 65. Geburtstag von Heinrich Oberreuter war Hans-Jochen Vogel (links), der auch die Festrede hielt
Foto: Weichbrodt



Der frühere ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf forderte ein Wertemanagement für die öffentlich-rechtlichen Sender
Fotos: Sörensen

Zukunftsstaat – Staatszukunft

„Privatisierung“ – dieses Zauberwort beherrscht die öffentliche Diskussion, wenn es um die zukünftige Rolle und die Aufgaben des Staates geht. Dabei sind die argumentativen Fronten klar aufgestellt: Bürokratie hemme – der



Strikter Gegner von Privatisierung:
der Münchener Oberbürgermeister
Christian Ude

Wissenschaft und Politik seinen 65. Geburtstag. Viele prominente Gratulanten, darunter Landtagspräsident Alois Glück und Staatsminister a.D. Hans Maier, würdigten den Lehrer, Forscher und Publizisten Oberreuter. Ihm wurde eine von Martin Sebaldt und anderen herausgegebene Festschrift (Res publica semper reformatum, siehe Neuerscheinungen Seite 33) überreicht.

Seite 15

Markt befreie, so die häufig geäußerte These der Privatisierungsbefürworter. Privatisierung führt zur „Magersucht des Gemeinwesens“ (Heribert Prantl) mit unabsehbaren Folgen für den gesellschaftlichen Frieden, so die Gegenargumentation. Mit Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft griff die Akademie dieses kontroverse Thema auf. Prominentester Redner war der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude.

Seite 12

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zwischen Qualität und Quote	3
<u>Transatlantische New-Media-Konferenz:</u>	
Vom passiven Konsumenten	
zum aktiven Produzenten	6
Die digitale Radiozukunft hat schon begonnen	8
Zukunftsstaat – Staatszukunft	12
<u>Heinrich Oberreuter wurde 65:</u>	
Der Kapitän bleibt an Bord	
des Akademieschiffes	15
<u>3. Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“:</u>	
Soziale Marktwirtschaft in einer	
globalisierten Welt	17
<u>Die neuen EU-Mitglieder:</u>	
Motor oder Bremse der	
europäischen Integration?	19
„Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“	22
Konfliktpotenzial und Brückenfunktion	24
<u>Im Akademiearchiv gestöbert:</u>	
Politische Bildung für die Bundeswehr	28
Neue Kunstausstellung	28
<u>Im Spiegel der Akademiegeschichte:</u>	
Dolf Sternbergers „Verfassungspatriotismus“	29
Rezensionen – Neuerscheinungen –	
Publikationen	32
Pressespiegel	34
Themen – Tagungen – Termine	37
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	40

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Zwischen Qualität und Quote

Taugen Medien noch als Kitt für die Gesellschaft?

Der Themenschwerpunkt der Akademie im Jubiläumsjahr lautete: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Anders gefragt: Was treibt sie auseinander, welches sind die Fliehkräfte? Und wie stark sind sie? Es lag nahe, dabei die heutige Integrationskraft der Medien auf den Prüfstand zu stellen. Die Frage ist, ob die Forderung nach Integration durch Medien – in den 1960er-Jahren vom Bundesverfassungsgericht festgestellt – in einer kommerzialisierten, globalisierten und weitgehend digitalen Medienwelt überhaupt noch zeitgemäß ist. Liefert Medien noch den täglichen Leim, der die Gesellschaft zusammenhält? Oder geht das fragmentierte Publikum den Medien eher auf den Leim?*

Der Mainzer Medienrechtler Dieter Dörr erinnerte an die Grundlinien der Verfassungsrechtssprechung der vergangenen 40 Jahre. Der Zeitpunkt war optimal gewählt: Unmittelbar vor der Tagung hatte Karlsruhe sein neuestes Rundfunkurteil über die Gebührenfestsetzung gesprochen und den Grundversorgungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten bekräftigt.

Aber Dörr stellte fest: „Der Integrationsauftrag ist nicht Bestandteil des neuen Urteils.“ Dennoch sei klar, dass Qualität und Integration in erster Linie Auftrag und Verpflichtung für die Öffentlich-Rechtlichen sei: „Rundfunkfreiheit ist eine diegende Freiheit. Die Anstalten haben einen kulturellen Auftrag und sind als Kulturträger in die Pflicht genommen.“

Wenn die Qualität sinkt, hätten ARD und ZDF ein Legitimationsproblem und ihre Privilegien seien nicht mehr zu rechtfertigen. „Das Kontrastprogramm zu den Unterhaltungsschienen der privaten Anbieter ist der klare Auftrag“, sagte Dörr. „Qualität ist das Lebenselixier der Öffentlich-Rechtlichen.“ Auf die Frage, wer die Erfüllung des Auftrags überprüfen könne, gebe es nur eine Antwort: „Karlsruhe“. Für Dörr ist der „Integrationsauftrag nicht obsolet“.



Dieter Dörr: Qualität und Integration als Auftrag für die Öffentlich-Rechtlichen



Tilman Steiner sieht überall Gleichförmigkeit in den Programmen

Fotos: Heimerl

allein derzeit die gängige und gültige Währung, die über Erfolg oder Misserfolg eines Programms entscheidet. „Sie taugen nur für Programm als Ware, nicht für Qualität.“ Gerade die öffentlich-rechtlichen Sender sehen sich im Zangengriff der Quotenmessung („ein unheimlicher Maßstab“)

und Steiner sieht zum Beispiel in der neuen „bayerischen Daily ‚Dahoam is dahoam‘“, um 19.45 Uhr einen „Frontalangriff auf die Tagesschau“ im eigenen System der ARD. Die Landesprogramme sieht er auf „Konvergenzkurs“.

Der erfahrene Fernsehmann Steiner sieht allerorten „Gleichförmigkeit“ und fürchtet, dass am Ende die „allgemeine Verdummung als Preis der Freiheit“ steht. Obwohl dazu verpflichtet, beobachtet er bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten keine „herausfordern den Gratwanderungen“ mehr: „In den Niederungen läuft es sich eben leichter.“ Qualität braucht offene Strukturen und an denen fehlt es nur allzu oft. Hart ging er auch mit den Aufsichtsorganen ins Gericht: Er bemängelte die „mangelnde Zivilcourage innerhalb der Gremien“, deren Mutlosigkeit zur Nivellierung des Programms führe.

Heute würden Programme häufig nur noch als „Werbeumfeld“ produziert. Angebote zu Familienthemen fehlten völlig, man weiche lieber auf „Lifestyle-Themen“ aus. Sein ernüchtertes Fazit: „Die Öffentlich-Rechtlichen geben kein reales Bild der Gesellschaft wieder.“ Die neuen Massenprogramme würden die Menschen übersättigt und faul machen und die vorhandenen Bildungsklüfte in der Gesellschaft nicht erfolgreich zuschütten, sondern sie eher weiter aufreißend. Qualitätsmaßstäbe gebe es genug: Unabhängigkeit, Vielfalt, Fakten, Verständlichkeit und Öffentlichkeit statt des immer mehr aufkommenden Voyeurismus. Zur Profilschärfung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks brauche man dringend eine Rückbesinnung auf diese Tugenden.

* Die Vorträge von Dieter Dörr, Dietrich Schwarzkopf, Thomas Morawski und Andreas Bönte sind in voller Länge im Sonderheft 79 der Zeitschrift epd medien dokumentiert worden.

„Verführung zur Politik“

Volker Lilienthal, verantwortlicher Redakteur beim Fachdienst epd medien, deckte vor zwei Jahren den Skandal um Schleichwerbung in der ARD-Vorabendserie „Marienhof“ und bei ZDF-Produktionen auf. Er bezweifelt, dass Integration heute noch durch Vollprogramme zu leisten ist. Er sieht die Lösung des Problems eher in Spartenprogrammen. Besonders interessant werde es sein, ob die Öffentlich-Rechtlichen die Integration von Jugendlichen und Migranten in die Gesellschaft bewerkstelligen können. Ihm fehlen politische Themen bei allen Sendern. Von ARD und ZDF verlangte er eine „Verführung

zur Politik“. „Die Themen müssen über den Tag gestreut werden, um Zufallskunden zu interessieren, zu gewinnen und zu binden.“ Der Medienjournalist Lilienthal sieht Gefährdungen bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Tendenzen zur Selbstkommerzialisierung und Programmkonvergenz zu Lasten von Politik und Information. ARD und ZDF beraubten sich so ihrer Grundlagen, Glaubwürdigkeit und Legitimation. Außerdem fordert er eine gezielte Förderung der Professionalisierung der Aufsichtsgremien.

Der frühere ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf sagte, die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten ihrem Auftrag und Ansprüchen gerecht werden und einen Mehrwert (public-value) für die Gesellschaft erarbeiten. Konkret bedeute dies Sendungen, die Orientierungshilfe leisten, die Allgemeinwissen vermitteln, die Rat bieten, die sachliche und verständliche Informationen über Politik liefern und einen Überblick verschaffen. Gefragt seien Sendungen, die Mitsprache ermöglichen, kulturelle Strömungen aufzeigen und kontinuierlich regionale Themen aufgreifen. Der klassische Rundfunkauftrag sei ein Grundversorgungsauftrag mit allem, was technisch möglich ist. Gute Unterhaltung und journalistische Kompetenz seien ge-

fragt. Neben einem Qualitätsmanagement bräuchten die Sender auch ein Wertemanagement.

Schwarzkopf forderte eine Modernisierung der Anstalten und eine Zielvereinbarung zwecks Imageverbesserung. Die Quote sei ein Faktor, dürfe aber



Volker Lilienthal bezweifelt, dass Integration heute noch durch Vollprogramme zu leisten ist

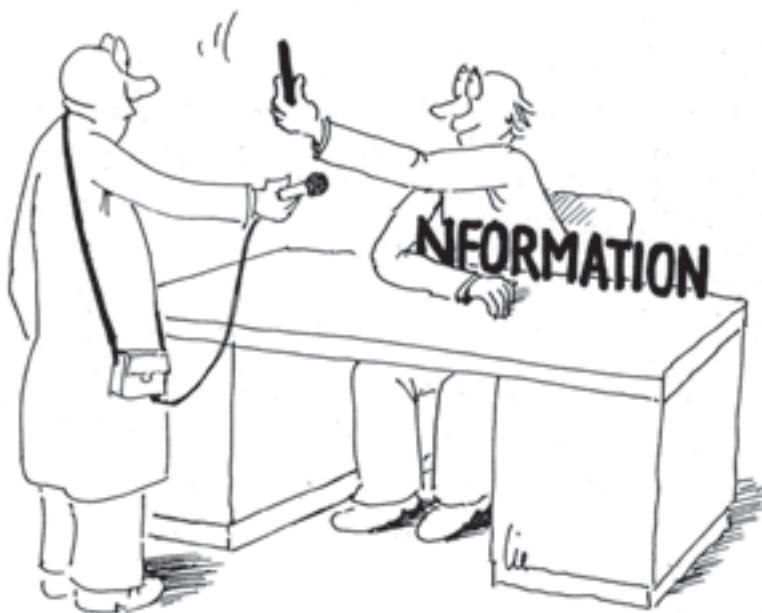
nicht dominant werden. Das Publikum sei der beste Verbündete und müsse gepflegt werden. Auch wenn das Fernsehen nicht mehr das Lagerfeuer sei, um das sich die Nation allabendlich versammele, so habe es seine integrierende Wirkung und Aufgabe nicht verloren. Es gelte, den Zugang gleichberechtigt für alle zu erhalten und keine mediale Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehen zu lassen. Die mediale Spal-

tung von Alten und Jungen müsse verhindert werden. Auch für das Entstehen von regionaler und gesamtdeutscher Identität gebe es noch genug Aufgaben. Und schließlich sei die Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft eine große Zukunftsaufgabe.

Der Medienforscher Rudolph H. Weiß legte in seinem Beitrag mit zahlreichen medizinischen Studien dar, dass der übermäßige und missbräuchliche Konsum von gewalthaltigen Fernsehfilmen und Videospielen zu einem Abfall der schulischen Leistungen, zur Konzentrationsschwäche und auch zur Gewaltbereitschaft führe. Er kritisierte die öffentlich-rechtlichen Sender, dass sie den Privatsendern nacheiferten und „Horror- und Gewaltfilme“ bereits vor 22.00 Uhr sendeten.

Weisse Flecken

Thomas Morawski ist Sonderkorrespondent des Bayerischen Fernsehens und der ARD und hat vielfältige Erfahrung mit Kriegs- und Kriseneinsätzen auf dem Balkan und im Nahen Osten. Er sprach nicht mit deutlicher Kritik an der Auslandsberichterstattung. „Fast alles, was wir von der Welt wissen, wissen wir aus dem Prestigemedium Fernsehen“, stellte Morawski fest. Aber das Massenpublikum habe



Zeichnung: Liebermann

ein sehr lückenhaftes Bild, weil sich die Privatsender „bei Auslandsthemen weitgehend abmeldeten“ und nur punktuell bei Krisen und Konflikten reagierten. Aber auch die Landkarte der öffentlich-rechtlichen Anstalten zeige viele weiße Flecken: Von den 191 Staaten der Erde würden nur 20 regelmäßig beleuchtet. Ganz schlecht stünde es um Berichte aus Diktaturen. Auslandsberichterstattung werde nur ausgedehnt bei den „drei K's: Kriege, Krise, Katastrophen“. Dann würden allerdings auf einen Schlag Dutzende von Beiträgen bestellt. Dieser hohe Arbeitsanfall mache es dann unmöglich, mehr als nur Standard zu liefern. „Der Trend geht zum Feuerwehrmann“, beklagte Morawski.



Thomas Morawski spräte nicht mit deutlicher Kritik an der Auslandsberichterstattung

Obwohl internationale Politik immer bedeutsamer werde, sinke das Interesse an Berichten aus dem Ausland. Gefragt seien allenfalls unterhaltungsorientierte Beiträge. Auslandskorrespondenten hätten oft bis zu sieben Länder im Blick zu haben; Sprach- und Länderkompetenz könne sich kaum noch bilden. Viele Kollegen neigten dazu, der örtlichen Presse zu vertrauen. Der professionelle Gegencheck unterbleibe zu häufig im journalistischen Alltag. ■

Andreas Bönte, Programmberichtsleiter Planung und Entwicklung des Bayerischen Fernsehens, beobachtet angesichts von immer mehr Sendern ein sinkendes Interesse an Politik und sieht einen Bedeutungsverlust des Fernsehens bei Informationsangeboten. Er forderte den öffentlich-rechtlichem

Rundfunk zu einem „echten Alternativangebot“ auf. Gerade wegen des allgemeinen politischen Desinteresses gehe es darum, möglichst viele Bürger wieder für die „aktive Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben zu begeistern“.



Andreas Bönte: „Politainment schneidet ins Fleisch der guten Politik“

Dafür brauche es auch „unterhaltende Elemente“, um die Zuschauer anzulocken. Doch Grenzen müssten beachtet werden. Bönte kritisierte es als „Dammbruch“, dass die ARD einen Bericht vom CSU-Parteitag Ende September mit dem Sketch eines Kabarettisten aufgemacht habe. Die Konsequenz für die Politik sei, dass sie sich immer mehr nach den Spielregeln der Medien richte: „Politainment schneidet ins Fleisch der guten Politik“. Zuschauer verlangten immer mehr nach Tempo und Aktualität und die Politiker ließen sich jagen. Der beidseitige Anpassungsprozess führe dazu, dass viele Dinge nur wegen der Medien stattfinden würden und der Kern der politischen Botschaft an Bedeutung verliere**. ■

Barbara Heimerl /
Michael Schröder

** Den Bericht über die Podiumsdiskussion mit Tissy Bruns, Jürgen Engert und Klaus Barthel finden Sie in der **Presseschau auf Seite 34**

Abgesang ans Publikum

von Thomas Morawski*

Ein Auslandsberichterstatter braucht den Rückhalt und die Kritik seines anspruchsvollen Publikums. Mediennutzung ist keine Einbahnstraße. Deshalb möchte ich nicht mit kulturkritischen Mahnungen enden, sondern mit ganz konkreten Aufforderungen ans Publikum:

- Der Zuschauer hat selber eine Verantwortung, die er wahrnehmen muss und kann! Er muss die Angebote suchen, er wird sie finden, er muss sie wenigstens ordern! Den Tellerrand muss man selber suchen, über den man blicken will, er wird nicht serviert!
- Geduldig sein, nicht zappen. Es kann doch nicht wahr sein, was uns Medienforscher allen Ernstes erklären: Erwachsene können sich nicht länger als zweieinhalb Minuten auf etwas konzentrieren, Kinder und Jugendliche noch weniger!
- Die Zuschauer sollten offensiver werden, sich nicht alles gefallen lassen! Es muss mehr direkte Kritik an den Informationsmachern und Verantwortlichen geübt werden, anrufen, Briefe schreiben, Mail-Aktionen, warum nicht? Ich gehe gelassen mit solchen Gedanken um, weil ich weiß, dass Kritik ernst genommen wird, weil bei uns jeder individuelle Zuschauerbrief auch individuell beantwortet wird, jede Zuschrift ist Chefsache, nur: Es kommen zu wenig Briefe!

* Auszug aus dem Vortrag

Transatlantische New-Media-Konferenz:

Vom passiven Konsumenten zum aktiven Produzenten

Das Internet verändert Medien, Politik und Gesellschaft

Mehr als 80 deutsche und amerikanische Journalisten, Lehrer, Web- und Wissensmanager diskutierten auf einer Tagung die neue Medienwelt und ein neues Amerika. Auf Podien und bei Vorträgen beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer mit der schier unendlichen Vielfalt der Möglichkeiten, die die neue Welt des Web 2.0 und des Library 2.0 bieten. Die Konferenz, die von der Akademie und dem Amerikanischen Generalkonsulat München gemeinsam veranstaltet wurde, wurde von Generalkonsul Eric Nelson eröffnet.

Er betonte in seiner Rede, wie stark auch die Öffentlichkeitsarbeit der US-Konsulate inzwischen vom Internet geprägt sei. Man könne schneller und vor allem multimedial auf Ereignisse reagieren und aktuelle Informationen über die USA und ihre Politik weltweit kostengünstig verbreiten. Insbesondere Lehrer für Englisch und vor allem junge Leute seien mit diesem modernen Medium sehr gut anzusprechen. Wissensaustausch und globale Netzwerke seien viel einfacher zu praktizieren und zu pflegen.

Der Darmstädter Journalistikprofessor Klaus Meier machte deutlich, dass sich Information, Kommunikation und Wissen im digitalen Zeitalter rasant gewandelt haben und weiter wandeln werden. Aus dem passiven Medienkonsumenten wurde ein aktiver Produzent. Das Internet entwickelte sich zu einer globalen und multimedialen Informations-Drehscheibe und ist zur ernsthaften Konkurrenz für die klassischen Massenmedien geworden. Es prägt zunehmend gesellschaftliche Wirklichkeit.



US-Generalkonsul Eric Nelson: das Internet verändert die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung

Fotos: Bungartz



Klaus Meier: „Kritik an Internetquellen wird von Schülern und Studenten kaum noch geübt“

Der Journalismus selbst hat sich im digitalen Zeitalter des Internets bereits verändert und wird Politik und Gesellschaft weiter verändern. Crossmediales Publizieren prägt die Zukunft. Und die Nutzer greifen mit selbst produzierten Inhalten wie Blogs konkurrierend und ergänzend in den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung ein. Klaus Meier ist überzeugt, dass sich auch das globale Wissensmanagement

verändert. Wissen werde beschleunigt. 45 000 Mitarbeiter des Internet-Lexikons wikipedia mit mehr als 10 Beiträgen gibt es allein in Deutschland. Das Wikipedia-Prinzip führe einerseits zu einer Demokratisierung und Entmachtung des Wissens, andererseits sei aber auch eine Verflachung zu beobachten. Quellenkritik werde von Schülern und Studenten kaum noch geübt.

Navigationssysteme

Dass die klassische Schleusenwärterfunktion des Journalisten abnimmt, bestreiten die Online-Journalisten Bernd Graff und Dirk von Gehlen. Graff ist stellvertretender Chefredakteur von sueddeutsche.de und von Gehlen Chef von jetzt.de, dem online-Nachfolger der einstigen Jugendbeilage der Süddeutschen Zeitung. „Im Zeitalter der Informationsüberflutung werden Journalisten als Navigationsysteme immer wichtiger“, sagte Graff.

„Wir können jetzt den sprichwörtlichen Sack Reis in China beim Umfallen beobachten.“

Bernd Graff,
stellvertretender Chefredakteur
sueddeutsche.de

Und von Gehlen ergänzte: „Die Zutaten liegen offen, aber backen will man dennoch nicht selbst“. Bei einer global überall verfügbaren Informationsmenge schlage die Stunde der Profis: „Der Informationskern muss extrahiert werden“. Auch die Berichterstattung ändert sich: „Wir kommen weg vom Protokoll zur Stenografie“. Nicht kalkulierbare Ereignisse können live be-

richtet werden, wie der 11. September. „Wir können jetzt den sprichwörtlichen Sack Reis in China beim Umfallen beobachten.“ Die Arbeit der Journalisten sei es, festzustellen, ob etwas wichtig ist. Denn: „Wir können alles haben, aber es hat keine Bedeutung mehr“.

Fulbright-Stipendiat Michael S. Moore arbeitet derzeit als Journalist für die englische Ausgabe von Spiegel-online in Berlin. Er sieht viele Vorteile im schnellen Online-Journalismus, weil es



Michael S. Moore sieht einen neuen Bürger-Journalismus

einen schnellen Rückkanal zum Nutzer gibt und der globale Vergleich zur Konkurrenz sofort gezogen werden kann. Schnelligkeit und Beschleunigung haben aber auch Nachteile: Der Zeit- und Konkurrenzdruck führt zum Qualitätsverlust bei der Recherche. Und der Erfolg von Seiten ist schnell messbar und hat Einfluss auf Themenwahl, Inhalt und Gestaltung. Moore sieht Zukunftstrends in Richtung eines neuen Bürger-Journalismus. Wenn Blogger sich professionalisieren, können sie im regionalen und lokalen Bereich zur ernsthaften Konkurrenz für die klassischen Medien werden. Insbesondere die Nutzerzahlen von Jugendlichen bei regionalen Tageszeitungen in Deutschland scheinen ihm recht zu geben. Die Zeitungsverleger sind gut beraten, ihre Unternehmen auf cross- und multimediale Medienhäuser umzustellen.

Der Journalist, Lehrer und Medienproduzent Antonio Lopez leistet digitale Entwicklungshilfe in Indianerreservaten in New Mexico. Unterprivilegier-

te Kinder aus armen Familien, die noch nie mit neuen Medien in Kontakt gekommen sind, lernen bei ihm die praktische Handhabung von PCs und Digitalkameras. Praktische Medienkompe-

„Die Zutaten liegen offen, aber backen will man dennoch nicht selbst.“

*Dirk von Gehlen,
Chefredakteur jetzt.de*

tanz ist hier ein Mittel gegen die immer größer werdende Wissenslücke im digitalen Zeitalter. Spielend lernen die Kinder und Jugendlichen mit modernen Medien umzugehen und sie für sich einzusetzen. Und die Eltern lernen wieder von den Kindern. Das geht hin



Antonio Lopez: Kampf gegen die Wissenslücke im digitalen Zeitalter

bis zum selbst produzierten Videofilm, den die jungen Akteure vor und hinter der Kamera gestaltet haben. Diese Kinder jedenfalls werden nicht von der immer rasanter werdenden technischen Entwicklung abgehängt – auch wenn die Projekte von Lopez sicher nur kleinste Tropfen auf extrem heiße Steine sind.

Linktipps:

- http://munich.usconsulate.de/munich-ger/img/assets/5816/new_media.pdf
- <http://www.librarybytes.com/2007/07/tutzing-presentation.html>
- <http://www.flickr.com/photos/hblowers/sets/72157600654550621/>
- <http://bibliothek2.wordpress.com/2007/07/05/helene-blowers-rocks/>
- <http://www.world-bridger.com/>
- http://www.klaus-meier.net/Meier_Digital_Age.pdf
- <http://usinfo.state.gov/journals/itgc/0306/ijge/welcome.htm>

Mover and shaker

Helen Blowers ist Bibliothekarin in Charlotte in Mecklenburg County und gilt in der Library-Szene 2.0 als „mo-



Helen Blowers öffnet ihre virtuelle Bibliothek im Netz

ver and shaker“ – also sie bewegt was und bei ihr und in ihrer Bibliothek röhrt sich was. Das konnte sie auch in Tutzing eindrucksvoll unter Beweis stellen: sie öffnet ihre virtuelle Bibliothek im Netz, schafft Beteiligung für ganz neue Gruppen der Bevölkerung und es organisieren sich neue Communities rund um die Netz-Bibliothek.

So werden Gemeindearchive aus dem Wissen der Bürger heraus erweitert. Die Geschichte von Häusern und Gebäuden wird plötzlich erfahrbar, weil Wissen nicht mehr isoliert in den Familien bleibt. Kostenlose Lernprogramme werden von der Bibliothek entwickelt und verbreitet. Bürger werden als Rezessenten von Neuerscheinungen aktiv und teilen ihre subjektiven Leseerfahrungen und -vorlieben einem großen Publikum – tendenziell global – mit. ■

Michael Schröder

Die digitale Radiozukunft hat schon begonnen

Fachkonferenz entwirft „Tutzinger Appell für faires Radio“

Die multimediale Aufrüstung hat begonnen: regionale Radiostudios werden bi- und trimedial ausgebaut, newsrooms in den Zentralen der Sender arbeiten für Radio, Fernsehen und Internet. Gesendet wird terrestrisch, via Satellit, Kabel und Internet. Auch die Zulieferung ist multimedial: Videoreporter machen Hörfunk und Fernsehen gleichzeitig. Und die Hörer schalten sich ein: per e-mail geben sie Tipps für Themen und Rechercheansätze. Oder sie produzieren als Blogger gleich selbst Beiträge für das Programm. Ein Workshop für Radioleute aus ganz Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung bot Einblicke in eine sich rasch verändernde Radioszene und die neuen Arbeitsbedingungen für deren Journalisten. Aus der Tagung heraus entstand der „Tutzinger Appell für ein glaubwürdiges Radio (FAIR RADIO)“, siehe Seite 11.

Thomas Korte ist beim Hessischen Rundfunk einer der neuen MoJos (Mobile Journalisten), die als Videoreporter unterwegs sind. Er sieht die Zukunft bei dezentralen Einheiten, die „klein, schnell und schlagfertig“ sein müssen. Nach zwei Crash-Kursen in



Thomas Korte ist als Videoreporter für den Hessischen Rundfunk unterwegs

Sachen Videotechnik war er bereits unterwegs, meist fast rund um die Uhr. Sein Arbeitstag beginnt um 6.15 Uhr und endet oft erst gegen 23.30 Uhr. Die technische Ausstattung ist immer mit dabei: Videokamera und Mini-Disc-Recorder. Die bimediale Grundeinstellung hat Korte im Kopf, bei seinen Berichten denkt er zwar immer gleich für zwei Medien, doch der Ra-

diobeitrag steht immer an erster Stelle. Radio hält Korte für eine Weiterentwicklung von Fernsehen: „Die brauchen noch Bilder zum Geschichtenerzählen“.

Kritische Fragen der Radiokollegen in der Tagung gingen vor allem in Richtung einer zu oberflächlichen Recherche und manchmal vorschnellen Beurteilung. Die Zukunft sieht Korte in der trimedialen Arbeit, die auch noch Berichte für das Internet umfassen wird: „Das ist dann die doppelte Selbstausbeutung“.

Multi-Media-Lieferant

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) hat sich längst vom reinen Textlieferanten zum multimedialen Nachrichtenhändler gewandelt. Andreas Krobok leitet den neuen AFX-Audiodienst der größten deutschen Nachrichtenagentur. dpa-AFX produziert Wirtschafts- und Börsennachrichten und liefert Analysen im Sekundentakt und in Echtzeit. Schnelligkeit ist bei diesem Gewerbe Trumpf. dpa-AFX-Audio ist Marktführer für Finanznachrichten und liefert mit einem Team von 9 Finanzjournalisten täglich etwa 50 Hörbeiträge für Radio, Internet, Mobilfunk. Die Beiträge haben eine Länge zwischen 30 Sekunden und sechs Minuten. Schließlich liefert die neue dpa-Toch-

ter auch podcast-Beiträge, also aus dem Internet herunterladbare Hörstücke im mp3-Format. „Die Nutzerzahlen explodieren“, sagt Krobok. Das zeit- und ortsunabhängige Hören von Beiträgen gewinnt immer mehr Anhänger. Das von dpa-AFX produzierte Börsenradio des Handelsblatts hat aktuell täglich 110 000 Nutzer. Vor zwei Jahren waren es noch 15 000.

Auch das bewegte Bild fehlt mittlerweile nicht im dpa-Angebot. Für das Internet prognostiziert Krobok „das Bewegtbild als Standard“. Ihm geht es um schnelle Information, nicht um journalistische oder filmische Kunst-



Andreas Krobok: Nachrichten und Analysen im Sekundentakt

Fotos: Bungartz

werke: „Wenn ich beim Aufspringen auf den Zug meine Hose verliere, ist das nicht so schlimm. Hauptsache, ich bin im Zug.“ Und für Kritiker der Qualität hat er gleich eine passende Antwort: „Wir machen Radio mit Bildern, nicht Fernsehen“.

Glaubwürdigkeit auf dem Spiel

Das Radio ist das Medium der Gewinnspiele – und nie waren sie so hoch dotiert wie heute. Das jedenfalls hat Horst Müller, Medienprofessor an der FH Mittweida, herausgefunden. Für ihn steht die Glaubwürdigkeit des Mediums auf dem Spiel. Durch Manipula-

tion und Inszenierung würden teilweise Gewinnchancen vorgegaukelt, die es gar nicht gibt. Werbung und redaktionelle Beiträge werden vermischt, für den Hörer verschwimmen die Grenzen. Und sogar Rechtsverstöße hat er festgestellt wegen der verletzten Vertraulichkeit des Wortes. Die Gründe für



Horst Müller: „Gewinnspiele sind häufig Ersatz für Journalismus“

diese Entwicklung kennt Müller: „Mehr Aufmerksamkeit schafft höhere Quoten und damit höhere Werbeeinnahmen und Zusatzerlöse“. Manche Programme würden nur noch für die Werbekunden und die Media-Analyse gemacht, die Hörerzahlen misst und so über Erlöse entscheidet. Müller beobachtet: „Gewinnspiele sind häufig Ersatz für Journalismus, weil Lizizenzen für Spiele billiger sind als eine gute Reportermannschaft“.

Tutzinger Appell

Von einer Arbeitsgruppe, die sich mit journalistischer Ethik befasste, wurde ein Entwurf für einen „Tutzinger Appell für ein glaubwürdiges Radio (FAIR RADIO)“ vorgelegt, der nach weiteren Diskussionen im Sommer der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ziel ist ein Gütesiegel für „faires Radio“, das den Sendern einen Marketingvorteil bringen soll nach dem Motto: „Hier ist alles echt – hier werden Sie nicht verschaukelt“ (siehe Seite 11).

Die neue podcast-Technik rettete ein anachronistisch anmutendes Stück Radio: die Sendung „Der Tag“, werktäglich um 18.05 Uhr im zweiten Programm des Hessischen Rundfunks. Eine Stunde eine monothematische Wortsendung, die ganz auf Musik verzichtet. Weitere Grundsätze sind: keine Umfragen auf der Straße und keine

Parteipolitiker! Zum 10-jährigen Bestehen im vergangenen Jahr bekam die Redaktion den ersten Preis der Otto-Brenner-Stiftung. Diese Auszeichnung der Wissenschaftsstiftung der IG Metall steht unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“. Die Jury lobte die hessische Kultsendung als modernes Gegenwartsradio. „Je nach Thema kommen acht bis fünfzehn kleine Stücke zu einem Thema pro Sendung ins Programm“, sagt Redakteur Rainer Weber. Für jede Sendung ist ein Team von fünf Leuten verantwortlich. Programmreformer, die dem „Tag“ den Garaus machen wollten, hatten keine Chance. Auch wenn die Einschaltquoten kaum messbar sind: die Podcast-Abrufe liegen bei 87 000 pro Tag.

Einblicke in seine Call-in-Sendung „Parrisius“ gab Stefan Parrisius von Antenne Bayern aus München. Die Talkshow mit Hörern und zwei Gesprächspartnern im Studio läuft jeden Samstagmittag. Der Moderator betonte, dass er keine Beratungssendung mache: „Die Themengebung variiert. Zu 50 Prozent binden wir uns an die Aktualität“. Es gebe kein thematisches Ghetto und mit 40 von 55 Minuten sei der Wortanteil sehr hoch. Fünf bis sechs Musiktitel laufen in der knappen Stunde. Pro Sendung versuchen etwa 1500 Hörer anzurufen – 30 kommen zur Redaktion durch und von diesen gelangen vier bis sechs tatsächlich in die Sendung. „Die Hörer sollen mit ihren Beiträgen die Sendung nach vorne treiben und die Richtung bestimmen“, sagte Parrisius.



Rainer Weber macht beim HR eine monothematische Wortsendung ohne Musik



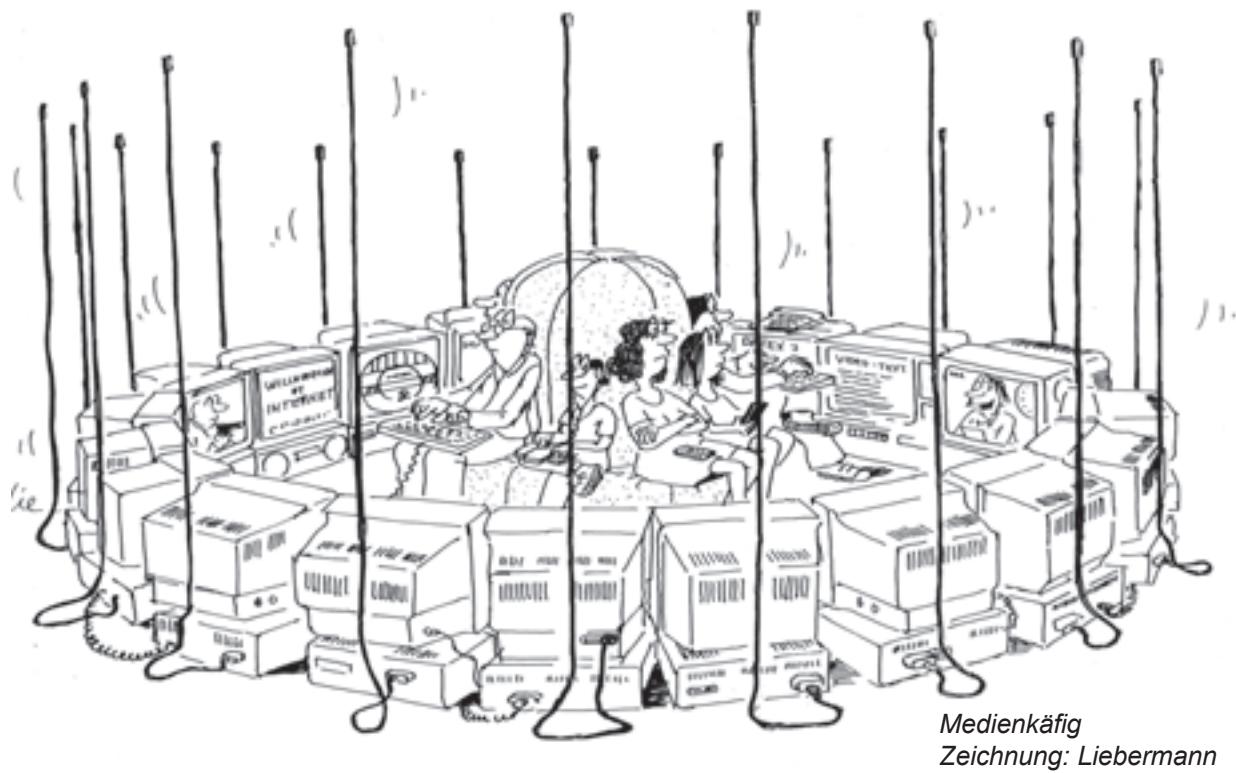
Stefan Parrisius: „Die Hörer sollen mit ihren Beiträgen die Sendung nach vorne treiben“

Praxisorientierte Einblicke in die redaktionelle Zukunft, die vielerorts längst begonnen hat, lieferten Udo Seiwert-Fauti mit Berichten aus der britischen BBC, Franz Jansen vom Saarländischen Rundfunk und Susanne Matthiessen, Geschäftsführerin der dpa-Tochter Rufa.

Bei der BBC in London arbeiten 2000 Nachrichtenjournalisten im „newsroom“ und 60 Korrespondenten weltweit rund um die Uhr, um alle TV- und Radio-programme mit Nachrichtenstoff zu versorgen. Geschwindigkeit geht dabei auch im digitalen Zeitalter nicht über alles: „Der Gegencheck ist immer obligatorisch. Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Seriosität haben einen hohen Rang. Außerdem muss die BBC mit ihrer globalen Verbreitung und der kolonialen Vergangenheit Großbritanniens vor allem in Afrika immer auch an die politischen Wirkungen von Nachrichten denken“, sagte Seiwert-Fauti.

Planung im newsroom

Franz Jansen leitet den neu entwickelten „newsroom“ beim Saarländischen Rundfunk (SR). Für die Vergangenheit beschrieb er die Probleme der Redaktionen untereinander: „Kein regelmäßiger Austausch, Kästchen- und Konkurrenzdenken. Informationen wurden teilweise sogar zurückgehalten“. Der Aktualitätsdruck und zu wenig Zeit für eigene Recherchen bestimmten das Klima vor Einrichtung des newsrooms. Jetzt wird zentral geplant und auch räumlich sind die Redaktionen von Radio und Fernsehen zusammengerückt. Es gibt eine eigene Rechercheabteilung.



Medienkäfig
Zeichnung: Liebermann

Durch die Einrichtung einer zentralen Anlauf- und Planungsstelle sollen Doppelungen vermieden und die Arbeit der verschiedenen Redaktionen besser koordiniert und organisiert werden. Ziel ist die Qualitätsverbes-



Franz Jansen: „Bessere Qualität durch den zentralen news-room“

serung aller Programme. „Es gibt eine allen zugängliche Planung und offene Terminkalender. So entsteht eine ständige Redaktionskonferenz, die ergänzt wird durch feste Konferenztermine und ad-hoc-Kurzkonferenzen.“ Die übrigens im Stehen, denn: „Dann dauern sie nicht so lang“. Gearbeitet wird

beim SR in zwei Schichten von 5.30 bis 20.00 Uhr. Die Programmverantwortung bleibt in den Redaktionen.

Susanne Matthiessen ist seit Jahresbeginn 2007 Geschäftsführerin einer weiteren dpa-Tochter, dem Audiodienst Rufa in Berlin. Sie sieht für die klassische Nachrichtenagentur eine Konkurrenzsituation durch Internet-Medien wie Spiegel-online oder auch Google news. Die Agentur liefert mit 25 festen und freien Journalisten rund 80 digitale Hörfunkbeiträge täglich an 60 nationale und internationale Kunden. Die Zukunft sieht Matthiessen,

die früher Chefredakteurin von Radio Schleswig-Holstein (RSH) in Kiel und Mitarbeiterin bei Sabine Christiansen war, im Digitalen Multimedia-Broadcasting (DMB): „Das analoge Radio funktioniert, es wirft Gewinne ab, aber auch die jungen Hörer!“ Crossmediales Arbeiten hält sie für unentbehrlich. Als Beleg präsentierte sie eine „Audio-Slide-Show“ mit Originaltönen vom letzten G8-Gipfel in Heiligendamm, unterlegt mit Fotos der dpa-Fotografen. Informativ und unterhaltsam, oft ironisch gebrochen durch eine bewusste Konfrontation von Ton und Bild. ■

Michael Schröder

Linktipps:

- http://www.bpb.de/themen/LJIAN2,0,0,Redaktionelle_Wege_durch_die_digitale_Zersplitterung.html
- www.hoerfunker.de
- <http://www.hr-online.de/website/radio/hr2/index.jsp?rubrik=6684>
- <http://www.dpa-afx.de/>
- <http://www.blogmedien.de/>
- <http://www.antenne.de/antenne/onair/moderatoren/parrisius.php>
- <http://www.dpa.de/de/produkte/ton/radiodienst.html>

TUTZINGER APPELL

für ein glaubwürdiges Radio (FAIR RADIO)

In Radioprogrammen wird heute nicht selten getrickst und betrogen, werden Hörer bei Gewinnspielen an der Nase herumgeführt und in Informationssendungen für dumm verkauft.

Wir – kritische Hörfunkjournalistinnen und -journalisten – fordern daher, die Glaubwürdigkeit unseres Mediums wieder zu stärken. Nur ein Radio, das seine Hörer nicht belügt, wird als Medium im digitalen Zeitalter bestehen können!

Hiermit rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen in privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern auf, folgende Leitlinien zu unterstützen und umzusetzen:

- **Recherche muss vor Schnelligkeit gehen.**
- **Es wird nichts vorgegaukelt, was nicht tatsächlich so ist (der Reporter, der angeblich vom Ort des Geschehens berichtet, tatsächlich aber im Studio sitzt; der Verkehrsreporter, der vorgibt, aus einem Verkehrsflieger zu berichten).**
- **Was nicht wirklich live ist, wird auch nicht als live verkauft.**
- **PR-Beiträge gehören in den Werbeblock und nicht ins redaktionelle Programm.**
- **Nachrichtensendungen werden nicht vorher aufgezeichnet.**
- **Mogeleien bei Gewinnspielen sind tabu.**
- **Ein glaubwürdiges Qualitäts-Radio muss wieder unser Ziel sein !**
- **Ein „FAIR RADIO“ sind wir uns und vor allem unseren Hörerinnen und Hörern schuldig!**

Teilnehmer der Tagung „Radio Zukunft 2010“, organisiert von der Akademie für politische Bildung, Tutzing, und der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Erst-Unterzeichner:

Frank Berge, freier Hörfunkjournalist, Eulenring 67, 35428 Langgöns

Michael Diers, geschäftsführender Redaktionsleiter, Radio Jade, 26382 Kiel

Max Foerster, Moderator und Redakteur, Postfach 24 01 15, 85039 Ingolstadt

Beatrice Hyder, Deutsche Welle, Bonn

Martin Knabenreich, Chefredakteur, RADIO BIELEFELD; Niedernstr. 21-27, 33602 Bielefeld

Thomas Korte, hr-Regionalkorrespondent Landkreis Waldeck-Frankenberg Büro-Korbach

Matthias Morr, Journalist – Moderator, Alstertwiete 5, 20099 Hamburg

Horst Müller, Professor für Redaktionspraxis, Hochschule Mittweida (FH)

Sandra Müller, freie Hörfunkjournalistin, Haußerstr. 48, 72076 Tübingen

Inge Seibel-Müller, freie Journalistin, Mitglied des Projektteams Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung, Im Achenfeld 13, 83071 Stephanskirchen

Udo Seiwert-Fauti, freier Korrespondent, Gottmatt 1, 77855 Achern – Wagshurst

Dr. Michael Schröder, Dozent/Referent Öffentlichkeitsarbeit Akademie für Politische Bildung Tutzing Buchensee 1, 82323 Tutzing

Linktipp: www.fair-radio.net

Zukunftsstaat – Staatszukunft

Verantwortung neu ausbalancieren

„Privatisierung“ – dieses Zauberwort beherrscht die öffentliche Diskussion, wenn es um die zukünftige Rolle und die Aufgaben des Staates geht. Dabei sind die argumentativen Fronten klar aufgestellt: Bürokratie hemme – der Markt befreie, so die häufig geäußerte These der Privatisierungsbefürworter. Privatisierung führe zur „Magersucht“

des Gemeinwesens“ (Heribert Prantl) mit unabsehbaren Folgen für den gesellschaftlichen Frieden, so die Gegenargumentation. Mit Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft griff die Akademie (Tagungsleiter: Michael Schröder, Manfred Schwarzmeier und Jürgen Weber) dieses kontroverse Thema in zwei Richtun-

gen auf: Zum einen standen grundsätzliche Fragen zur Zukunft des Staates und seiner Aufgaben im Mittelpunkt, zum anderen wurden anhand spezieller Politikfelder (Gesundheit, Bildung, Kommunalpolitik) Vorteile und Nachteile von Privatisierung und Auswirkungen bereits erfolgter Privatisierungsschritte hinterfragt.

Für den Politikwissenschaftler Philipp Genschel (Jacobs University Bremen) lässt sich die Frage, ob der Staat zwischen Globalisierung einerseits und Privatisierung andererseits zermalmt werde, nicht so einfach beantworten. „Vielmehr“, so Genschel, „müsste das Urteil lauten: Der Staat ist nicht stärker oder schwächer, sondern anders geworden“. Darin spiegele sich die Entwicklung des Staates vom Herrschaftsmonopolisten (mit dem Monopol auf die drei wichtigsten Elemente politischer Herrschaft, nämlich Entscheidungskompetenz, Organisationskompetenz und Letztverantwortung) zum Herrschaftsmanager wider. Verantwortlich hierfür seien zum einen die Internationalisierung, zum anderen die Privatisierung von Herrschaft. Letzteres zeige sich besonders im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge. Genschel zu folge ergibt sich für die aktuelle Rolle des Staates folgendes Muster: Während die Entscheidungskompetenz, also die Macht allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen, immer mehr internationalisiert, aber kaum privatisiert wird, wird die Organisationskompetenz, also die Fähigkeit diese Entscheidungen zu implementieren, immer weiter privatisiert, aber kaum internationalisiert. Proble-

matisch für den Staat wird es dadurch, dass die Letztverantwortung für die Entscheidungsfolgen weder internationalisiert noch privatisiert wird, sondern beim Staat bleibt.

Hippokrates contra Ökonomie

Für den Bereich der Gesundheitsfürsorge warnte Gerhard Knorr vom Bayerischen Sozialministerium vor voreiligen Lobeshymnen und gibt zu bedenken, dass sorgfältig zu prüfen sei, ob es sich in der Tat um den „Königsweg“

Betrieb von Krankenhäusern durch öffentliche Träger in einer privaten Rechtsform. Diese Form des selbstständigen Kommunalunternehmens hat ein Großteil der kommunalen Krankenhäuser in Bayern gewählt und wird dabei von der Landesregierung unterstützt. So kommt es, dass sich in Bayern nach wie vor der größte Anteil der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft befindet (63 Prozent), während die Zahl der privaten Trägerschaften (22 Prozent) und freigemeinnütziger Einrichtungen (15 Prozent) weit darunter liegt.

Die Aufmerksamkeit, die der Krankenhausstruktur zu Teil wird, ist, so Knorr, einzig darauf zurückzuführen, dass die Krankenhausversorgung rund ein Drittel der Ausgaben der Krankenkassen ausmacht. Das Interesse an der Reduzierung dieser Kosten ist Knorr zufolge natürlich legitim. Zu bedenken sei jedoch, ob wirklich Wettbewerb nach einem Rückzug des Staates zu den erhofften Preissenkungen führe. Nach Knorr erreicht der Markt nicht immer das gewünschte Ziel. Gerade mit Blick auf die Notfallversorgung seien Einschränkungen zu erwarten, die Durchführung kompli-



Philip Genschel: „Letzte Verantwortung bleibt beim Staat“



Gerhard Knorr gab zu bedenken, ob Privatisierung zu Preissenkungen führe
Fotos: Schröder / Sörensen

oder doch „um einen faulen Zauber handelt“. Privatisierung im Krankenhausbereich kann einerseits den Verkauf öffentlicher Krankenhäuser bedeuten, andererseits aber auch den

zierter medizinischer Eingriffe wäre nur noch in Ballungsräumen mit entsprechender Nachfrage gegeben. Den Gesetzen des Marktes folgend würden unrentable Standorte geschlossen, das Nachsehen hätten die Patienten. Längere Wege, insbesondere im ländlichen Raum, und eine Angebotsverschlechterung wären die Folge. Preissenkungen könnten sich als Illusion herausstellen, weil so Quasimonopole entstünden. All dies entspricht nicht dem Sozialstaatprinzip des Grundgesetzes.

Christoph Emminger, Vorsitzender der Ärztevereinigung Marburger Bund in Bayern und zugleich Betriebsratsvorsitzender der Städtischen Kliniken München GmbH, hält es für geboten, vorurteilsfrei über eine Privatisierung in der Krankenhausversorgung zu sprechen. Anlass dafür seien die zwischen 1970 und 2003 um 70 Prozent gestiegenen Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen, die jedoch nicht auf die angebliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen zurückzuführen seien, sondern auf eine Einnahmehemmung des deutschen Gesundheitssystems im Allgemeinen und der Krankenhäuser im Speziellen.
Da das deutsche System nach wie vor durch einen hohen Versorgungsstandard glänze, dürften die Privatisierungsbestrebungen nicht als Sanierung eines maroden Systems verstanden werden. Vielmehr sei dafür Sorge zu tragen, ein sehr gutes System zukunfts-fähig zu machen. Am Wettbewerb komme man nicht vorbei, so Emminger. Eine „Vorrangstellung der Ökonomie vor der Medizin“ als Begleitscheinung der Umstrukturierung streitet Emminger nicht ab. Den Spannungen zwischen den Ansprüchen der Patienten und ökonomischen Erwägungen räumt er ein hohes Konfliktpotenzial ein. Eine Mittlerfunktion zwischen diesen konträren Positionen spricht er den Ärzten zu, die diesen Spagat zu leisten hätten. Der Arzt müsse in Zukunft auch Aufgaben der Organisation und Führung übernehmen. Entlastungen an anderer Stelle seien nötig. Als Betriebsrat und einer, „der das alles in der Praxis erlebt“, nimmt Emminger die Sorgen seiner Mitarbeiter ernst: Angst vor Arbeitsplatzverlust, abnehmendes Vertrauen in die Führungskräf-

Wider den neoliberalen Zeitgeist

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude machte keinen Hehl aus seiner Ablehnung einer Privatisierung öffentlicher Aufgaben. So ist „die Formel Privat vor Staat eine rein interessengeleitete These von Wirtschaftsunternehmen, die Erwartung der Bürgerschaft das glatte Ge genteil.“ Mit Blick auf die Veräußerung von 48 000 städtischen Wohnungen in Dresden für 1,7 Milliarden Euro an die US-Beteiligungsge-sellschaft Fortress hob Ude einen besonderen gesellschaftlichen Auftrag der Kommunen hervor: Integration beziehungsweise integrative Wohnungsvergabe sei eine Kernaufgabe der städtischen Verwaltungen, eine bei Nickerfüllung drohende Wohnraumsegregation bringe viele Konflikte mit sich. Private Träger seien an Konfliktvermeidung, Projekten wie Alten-WGs oder einem Energiesparhaus nicht interessiert. Alles was zählt sei die ökonomische Rentabilität. Die Folgen rein wirtschaftlicher Wohnungsvergabe seien verheerend. „Dresden war kein Geniestreich, sondern ein Sündenfall“, betonte Ude.

Als größte Einrichtung der Daseinsfürsorge griff der Oberbürgermeister die Stadtwerke auf. Oftmals werden die Vorteile dieser Einrichtungen verkannt, beklagte Ude. So könnten Stadtwerke auf Grund der Weisungsgebundenheit zu einer ökologisch nachhaltigen Ausrichtung gezwungen werden. Bemühungen, die Nutzer zu energiesparendem Verhalten zu bewegen, wie es die Stadtwerke München mittels Beratungen versuchen, widersprüchen jeglichen unternehmerischen Interessen derjenigen, die sich einzig und allein an wirtschaftlicher Effizienz orientierten.



Christian Ude wandte sich gegen die These „Privat vor Staat“

Da die Unternehmenszielsetzung der Stadtwerke immer auf die Stadt und ihre Einwohner ausgerichtet sei, könnten alle Seiten nur profitieren. Der Stadt München beschert das nach Ude eine Gewinnausschüttung von jährlich 60 Millionen Euro.

Die größte Bedrängnis der Kommunen verortet Ude in der „europäischen Bedrohung“, die „grotesker nicht sein könnte“. Die Bemühungen der EU-Kommission im Energiesektor für mehr Wettbewerb zu sorgen, indem die Bereiche Erzeugung, Netz und Betrieb getrennt werden, wäre für die Stadtwerke tödlich und würde den Energiegiganten die letzte Konkurrenz nehmen. Das stünde den ursprünglichen Intentionen der EU-Kommission diametral entgegen.

Auch wenn die Stadt München und ihre Stadtwerke ein erfolgreiches Beispiel darstellen, wie auch ohne Privatisierung effizient und sozial-integrativ gewirtschaftet werden kann, ist Ude verhalten optimistisch: „Die Gefahr, dass wir durch neolibrale Doktrinen als Kommunen ausgezehrt werden, halte ich nach wie vor für gegeben“.

te und eine Abwehrhaltung gegenüber Reformen seien faktisch existent. Diesen Ängsten zu begegnen und die Vorteile von Privatisierungen aufzuzeigen sieht er als seine Pflicht. Mehr oder weniger Staat, das sei, so Emminger,

nicht mehr die Frage. Zur Debatte stehe vielmehr, „ob wir uns dem Wettbewerb stellen.“ Emmingers Antwort hierauf ist klar und als Weichensteller für die Strukturoptimierungen hat er die Ärzte auserkoren.

Wasserversorgung privat?

Herbert Ungerer, Direktor bei der Europäischen Kommission für Wettbewerb, warf Oberbürgermeister Ude Neigung zum Dramatisieren vor (siehe Kasten). Er wollte eher von einer „Transformation des Wasserversorgungssektors hin zur Zukunftsfähigkeit“ sprechen. „Das kommunale System der Wasserversorgung ist keineswegs in Gefahr“, betonte er. Das Interesse Brüssels habe der Wasserversorgungssektor unter anderem deshalb auf sich gezogen, weil in der Bundesrepublik Preisunterschiede von bis zu 300 Prozent bestehen. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken besteht in Brüssel Einigkeit, dass Regulierungsbedarf herrsche. Jedoch solle, so Ungerer, in Brüssel wirklich nur das geregelt werden, was regelungsbedürftig sei. Es gehe nicht um Zwangsprivatisierungen öffentlicher Wasserversorgungsbetriebe. Nicht die alleinige private Trägerschaft, sondern das Modell der Private-Public-Partnership solle eine große Rolle spielen, ein Geschäftsmodell unter expliziter Beteiligung der öffentlichen Hand. Durch die enorm großen Spielräume, die die EU den Mitgliedsstaaten lasse, bleibe es letztlich in deren Hand beziehungsweise in der Hand der Kommunen, welchen Weg sie einschlagen werden. Faire Vergabekriterien hätten aber für alle zu gelten. Der Wettbewerb allein, schloss Ungerer, löse nicht alle Probleme. Die Gefahr von Kartellbildungen sei nicht von der Hand zu weisen, weshalb es eine dringliche Aufgabe für die EU darstelle diesbezüglich Kontrollgremien zu unterhalten.

Den Zusammenhang von Wasserschutzgebieten, Öko-Bauern-Initiativen, Schadstoffmessungen und der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stellte Kurt Mühlhäuser, der Geschäftsführer der Münchner Stadtwerke, her. Durch diese Maßnahmen seien die Stadtwerke München in der Lage, höchst qualitatives Wasser anzubieten, dessen Schadstoffwerte weit unter den von der EU erlaubten Grenzwerten liegen. Von ausschließlich an

ökonomischen Effizienzmaßstäben orientierten Unternehmen sei dergleichen nicht zu erwarten. Unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung wäre eine kostenintensive, über die Zielvorgaben hinausgehende Wasserreinhaltung nicht vorstellbar. Dass die Praxis der Stadtwerke nicht automatisch hohe Wasserpreise zu Folge hat, konnte Mühlhäuser anhand einer Gegenüberstellung nachweisen. So liegen die Wasserpreise in München bei etwa einem Drittel der von Stuttgart, einer Stadt die ihre Wasserversorgung bereits vor einiger Zeit privatisierte.

Wirtschaft als Lehrmeister

Als wesentlich konflikträchtiger erwies sich die Rolle des Staates im Bereich der Schule. Einleitend stellte Christof Prechtl von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die Position der Wirtschaft zum Bildungssystem



Christof Prechtl: Mit weniger Staat in der Schule höhere Effizienz



Josef Kraus: „Mehr Privatschulen benachteiligen sozial Schwächere“

der Zukunft vor. Bessere Schulen seien durch weniger Staat möglich. Den Schulen müsse mehr Freiraum und Verantwortung übertragen werden. Die Umsetzung einer Unternehmung Schule sei zu erreichen durch eine Übertragung von Verantwortung in den Bereichen Personal, Sachmittel und Finanzen, Kompetenzverschiebung von den Schuldirektoren zu den Fachbetreuern, Einführung von internen Beratungsmechanismen (beispielsweise Fortbildungen) und Standortbestimmungen im Sinne von Leistungsabfrage und Qualitätsmanagement. Wenn diese Anforderungen erfüllt sind, sei eine wesentlich höhere Leistungseffizienz im Bereich der Lehre zu erwarten, was

ebenfalls eine Verbesserung der Schülerleistungen mit sich brächte. Der Staat, auch wenn er noch so hehre Ziele verfolge, sei schlicht und einfach nicht in der Lage, einen so umfassenden Komplex wie das Schulsystem effizient mit dem Ziel einer optimierten Schulausbildung zu koordinieren.

Auch Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, lehnt ein alternatives Führungsmodell an Schulen nicht grundlegend ab. Dass ihn diese Position nicht zu einem Befürworter privat getragener Schulen werden lässt, machte er mit Verweis auf die negativen Folgen der Etablierung privater Bildungseinrichtungen deutlich. So stimme zwar der Befund der PISA-Studie, Länder mit privatisierten Schulsystemen schnitten besser ab. Dieser Erfolg sei jedoch für den hohen Preis der sozialen Auslese erkauft worden. Privatschulen könnten mit Rauswurf und Vertragskündigung auf Problemschüler reagieren, was an staatlichen Schulen so nicht möglich sei. Deswegen seien dort eben auch alle sozialen Schichten einschließlich der unterdurchschnittlichen Leistungen vertreten.

Mit Blick auf die von Christof Prechtl vorgetragenen Reformkonzepte warnte Kraus vor einer übertriebenen „Testeritis“ in Bayern. Leistungsabfragen machen zweifellos Sinn, so Kraus, aber nicht, wenn beispielsweise ein Test im Fach Deutsch der 6. Klasse Gymnasium zu 80 Prozent aus Multiple-Choice-Fragen und Lückentexten besteht. Dadurch sei niemand gedient und Qualität nicht wirklich gemessen.

„Ein zukunftsorientiertes Schulwesen braucht schon eine Menge Staat“, betonte Kraus, nicht zuletzt um eine Gleichheit der Lebensbedingungen zu gewährleisten, die das Grundgesetz gebietet. Ein privates Schulsystem würde im Gegenteil eine Ungleichheit der Bildungschancen sondergleichen hervorrufen. ■

*Paul Sörensen /
Manfred Schwarzmeier
(siehe Presseschau Seite 35)*

Heinrich Oberreuter wurde 65:

Der Kapitän bleibt an Bord des Akademieschiffes

Zahlreiche Gratulanten würdigen den Lehrer, Forscher und Publizisten

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter feierte in der Akademie mit Freunden, Kollegen und Begleitern aus Wissenschaft und Politik seinen 65. Geburtstag. Aus diesem Anlass wurde ihm die von Martin Sebaldt und anderen herausgegebene Festschrift überreicht. Den Festvortrag zum Thema „Warum wir ohne Werte nicht leben können“ hielt Bundesminister a.D. Hans-Jochen Vogel (siehe dazu den folgenden Text). Die Feier wurde mit Cembalo-Darbietungen des Organisten Wolfgang Kraus umrahmt.

Einem „jung Gebliebenen“ gratulierte der Kuratoriumsvorsitzende und frühere bayerische Kultusminister Hans Maier in seiner Begrüßungsansprache. Der Jubilar habe als Hochschullehrer einen „neuen Stil praxisbezogener Politikforschung, die er auf gewinnende Weise nahe bringt“, eingeführt und „politische Forschung als fröhliche Wissenschaft etabliert“. Er lobte Oberreuters politische Beobachtungsgabe, seinen „empirischen Sinn“ und seine „Fähigkeiten als Kommunikationsfachmann“. Er möge der Wissenschaft weiter erhalten bleiben, wünschte Maier und schloss: „Analysieren Sie weiter die bayerische Politik, sie wird auch in Zukunft nicht an Reiz verlieren“. Trotzdem möge Oberreuter gelegentlich die Zeit finden, das Vorgefühl des Ruhestandes zu genießen, denn „das Leben im Alter ist viel zu schön.“

Öffentliche Wirkung

Auch Landtagspräsident Alois Glück dankte Oberreuter dafür, dass er in allen Wirkungsbereichen der Forschung, Bildung, Lehre und der Kommunikation in der Öffentlichkeit „stets eigene Positionen gewagt und populistischen Strebungen entschieden widerstanden“ habe. Nie habe er der Politik nach dem Mund geredet – „diese Grenzwandlung muss man erst einmal wagen“. Oberreuter habe mit seiner besonderen Kommunikationsfähigkeit eine hohe öffentliche Wirkung. Glück sagte „ein persönliches Vergelt's Gott“ für

„jahrelange Begleitung und Gedankenaustausch“. Ruhestand könne er sich allerdings bei Oberreuter ebenso wenig vorstellen wie bei den meisten Politikern.

Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls“. Sebaldt gab sie gemeinsam mit Werner J. Patzelt und Uwe Kranenpohl heraus*.

Er würzte die Buchvorstellung mit einigen Anekdoten zur „reichhaltigen und vielschichtigen Persönlichkeit“ Oberreuters als Wissenschaftler, Lehrer, Wissenschaftsstrategie und -taktiker und als „homo politicus“. Die Überlegungen, was man in dieser Republik im Kleinen wie im Großen verbessern könne, seien der ständige Motor des Jubilars. Als „Bereicherung und Chance, aber auch Herausforderung“



Landtagspräsident Alois Glück (links) dankte Heinrich Oberreuter für „jahrelange Begleitung und Gedankenaustausch“. In der Mitte Monika Oberreuter

Reichhaltig und vielschichtig

Oberreuters Schüler Martin Sebaldt von der Universität Regensburg präsentierte als „Geburtstagsgeschenk“ die Oberreuter gewidmete Festschrift „Res publica semper reformanda –

beschrieb Sebaldt den „großen akademischen Freiraum“, den Oberreuter gewähre.

Die Geburtstagsgrüße und -wünsche der Akademiebeschäftigten kleidete der Personalratsvorsitzende Michael Schröder in das maritime Bild vom Kapitän an Bord eines runderneuerten

* siehe unter Neuerscheinungen auf Seite 33

Schiffes. Dazu überreichte er als Geschenk passende Utensilien wie ein Fernrohr für den Weitblick, eine Signalpfeife, um die Mannschaft noch besser im Griff zu haben und eine Kapitänsmütze mit Akademie-Logo. „Eine ruhige und glückliche Hand bei der Führung unseres Akademieschiffes“, wünschte Schröder im Namen der Belegschaft. Außerdem konnte er mit einem Faksimiledruck der „Schlesischen Zeitung“ aus Breslau, dem Geburtsort Oberreuters, vom 21. September 1942, seinem Geburtstag, überraschen. „Vor allem aber wünschen wir Ihnen eine stabile Gesundheit zur Bewältigung eines mörderischen Terminkalenders und zum Ausgleich hin und wieder etwas mehr Zeit für die größer werdende Familie“.

Und ein weiterer Coup glückte zur Freude der Festversammlung: Schröder schenkte dem Chef eine Sonderausgabe des Akademie-Reports, die die Mannschaft ihrem Kapitän zum Geburtstag erstellte. Und auch die extra angefertigte Karikatur, die Dieter Hanitzsch dafür „spendierte“, konnte noch auf den Gabentisch gelegt werden.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter dankte, zunächst sichtlich gerührt, fand aber bald zur gewohnten Ironie zurück: Er sei durchaus einverstanden mit einer Publikation, die sich nur mit ihm beschäftige, wenn er sie auch noch nicht kenne – mit dem Geburtstags-Report war ein echtes Überraschungsgeschenk gelungen.

Ein wichtiges persönliches Anliegen fügte er den Festreden noch hinzu: „Der Respekt vor anderen und vor anderen Meinungen“ sei ihm immer wichtig gewesen – eben „eine riesengroße Offenheit für die Vielfalt der Meinungen“. Und ein leicht besorgter Ausblick in die Wissenschaft: „Es wächst eine Politikwissenschaft heran, die sich von der Politik weit entfernt“.



Warum wir ohne Werte nicht leben können

Festvortrag von Hans-Jochen Vogel

„Respekt vor Ihrer Leistung“ bescheigte Festredner Hans-Jochen Vogel dem Jubilar und verwies darauf, dass er sich in diesem Punkt mit seinem Bruder Bernhard Vogel, der den Festvortrag zu Heinrich Oberreuters 60. Geburtstag hielt, völlig einig wisse. Gerade der Politikwissenschaftler Oberreuter, so Vogel, habe stets auf die zentrale Bedeutung der Wertefrage hingewiesen. Schon aus diesem Grund habe es sich angeboten, über dieses Thema zu sprechen. Genauso wie Parteien ohne Wertebasis nicht auskommen, sei auch Politische Bildung ohne die Bejahung einer Werteverordnung schwer vorstellbar.

„Existieren“, so Vogel, „kann der Mensch auch ohne Werte, sinnerfüllt leben kann er nur mit ihnen.“ Die Einstellung „Alles geht, wenn es nur Spaß macht!“ sei für ein Gemeinwesen sehr problematisch; Beliebigkeit könne so schnell zur Unberechenbarkeit werden.

Was sind nun diese grundlegenden Werte, diese „Fundamentalnormen“? „Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden“ nennt Vogel und stellt fest, dass die Begründung, woraus diese Werte abgeleitet werden, die Sache jedes Einzelnen sei: Christentum, andere Religionen, Humanismus, Kant – hier sei Toleranz gefordert, so das Vogelsche Postulat. Toleranz sei nicht angebracht, wenn es darum gehe, das ökonomische Prinzip in alle Bereiche hinein auszudehnen.

Die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche ist aber nur ein Gefährdungspotential, das andere sieht Vogel in der Beschleunigung vieler Prozesse. Dies führt seiner Ansicht nach zur fatalen Entwicklung, dass sich



Der frühere Bundesminister Hans-Jochen Vogel (rechts) brachte nicht nur seine Festrede als Geschenk für Heinrich Oberreuter mit, sondern auch ein Buchpräsent

Fotos: Weichbrodt

der Mensch „mit der Virtualität lieber beschäftigte als mit der Realität“. All dies gefährde den Halt, den die Menschen in ihrem sozialen Umfeld so nötig hätten.

Die Parteien seien es, so der Festredner, die für den Menschen Antworten auf die Werte-Fragen bereit stellen müssten. Bildung habe sich der Aufgabe der Vermittlung von Werten zu stellen. Heinrich Oberreuter hat dies ohne Unterlass gefordert und selbst immer wieder getan. „Dafür“, so Hans-Jochen Vogel abschließend an Heinrich Oberreuter gewandt, „bekunde ich Ihnen meinen Respekt“.

Manfred Schwarzmeier

(siehe Presseschau Seite 35)

Karin Siebert

3. Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“:

Soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt

Fachtagung lotet die Überlebenschancen des Sozialen aus

Ist die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands eine „Schönwetterkonstruktion“, die der Globalisierung und Osterweiterung geopfert werden muss? Ist eine „Neue Soziale Marktwirtschaft“ notwendig? Können wir den Anpassungsdruck auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft sowie seine sozialen Auswirkungen überhaupt gestalten? Lässt sich der Sozialstaat aufrecht erhalten, oder bedarf es einer grundlegenden Umgestaltung? Kommt insbesondere global agierenden Unternehmen eine besondere ethische Verantwortung zu? Dies waren zentrale Fragen des 3. Forums: „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“, das von der Akademie und dem Wirtschaftsforschungsinstitut Halle (IWH) organisiert wurde.

Die anwesenden Wirtschafts- und Soziologen, Ökonomen und Politologen waren sich darin einig, dass sich die Globalisierung seit den 90-er Jahren dramatisch beschleunigt und das weltwirtschaftliche Wachstum an Dynamik gewonnen hat. Neben Hoffnungen prägten tiefgreifende Ängste vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg diesen Wandel. Eine Grunderkenntnis der Ökonomie ist jedoch, dass wirtschaftliche Integration Wachstum und Wohlfahrt fördert, der notwendige Strukturwandel aber auch – zumindest temporär – Verlierer und Gewinner hervorbringt. Die Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Unternehmer, Manager sowie Gewerkschafter sind herausgefordert. Ihre Antworten fallen oft sehr unterschiedlich aus.

Revisionsbedarf

Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, betonte den Revisionsbedarf des deutschen Modells. Zunächst legte er Wert auf die Unterscheidung zwischen dem ursprünglichen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und dem immer stärker sozialpolitisch überregulierten System, das ab den 70-er Jahren in Deutschland entstanden sei. Gerade hier seien Korrekturen nötig. Dies beziehe sich nicht auf die Grundphilosophie, insbesondere die Herstellung und

Sicherung des Wettbewerbs als konstituierendes Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, sondern auf die Anpassung an neue demographische und globale Herausforderungen. Hüther sieht die Absicherung des Wettbewerbs gegen



Michael Hüther: „Die unzureichenden Bildungsanstrengungen Deutschlands sind bedrückend“

Fotos: Scheithauer

Fehlentwicklungen weniger in transnationalen Regulierungen (beispielsweise der Hedge Fonds) als vielmehr in einer Koordinierung der nationalen Regelungen.

Insbesondere in der Berücksichtigung der demographischen Herausforderungen und in der Familien- und Bildungs-

politik sieht Hüther Anforderungen an die Wirtschaftspolitik, die über die ursprüngliche Aufgabenstellung der ordoliberalen Schule von Walter Eucken hinausgehen. Bedrückend seien vor allem die unzureichenden Bildungsanstrengungen, die Deutschlands internationale Wettbewerbsposition unterminieren. Aber auch hinsichtlich der Sicherung einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung müsse der Staat regulierend eingreifen. Hüthers Schlussfolgerung ist, dass es keiner neuen Politikkonzeption, wohl aber einer erweiterten Struktur bedarf, die an die tradierten ordnungspolitischen Ideen von Walter Eucken anknüpfen.

Desorientiertes Prekarariat

Gero Neugebauer, Politikwissenschaftler an der FU Berlin, stellte anschließend die Ergebnisse einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über das „Pekariat“ und das politische Milieu vor. Diese Studie stützt sich auf eine repräsentative Umfrage und zeigt auf, dass etwa acht Prozent der Bevölkerung im unteren Drittel der Gesellschaft als „abgehängtes Pekariat“ bezeichnet werden müssen. Diese Bevölkerungsschicht weise ein deutlich unter der Armutgefährdungsgrenze liegendes Haushaltseinkommen (unter 60 Prozent des durchschnittlichen), geringe berufliche Qualifizierung, eine hohe Arbeitslosenrate und unsichere Beschäftigungsverhältnisse auf. Die Sorge, das ohnehin niedrige Lebensniveau nicht mehr sichern zu können, und eine gesellschaftspolitische Desorientierung seien stark ausgeprägt.

Doch die Angst vor Armut und sozialem Abstieg sei kennzeichnend für die allgemeine Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung. Erwartet werde vom Staat, für soziale Gerechtigkeit und die Absicherung in allen Politikbereichen einzutreten. Während ein Teil der Be-

völkerung stärker auf die Bewahrung bestehender Leistungen und Systeme orientiert sei, erwarte ein anderer Teil – gestärkt durch Individualisierung und libertäre Wertvorstellungen – auch die Förderung der individuellen Leistungsbereitschaft. Um eine Ausbreitung des „Prekariats“ zu verhindern, müsse die Arbeitsmarktpolitik insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und für Mindestlöhne eintreten, die eine „menschenwürdige Existenz sichern“. Letztlich sei dies auch eine Forderung der katholischen Soziallehre.

Dies waren die Anknüpfungspunkte für die Referate von Anton Rauscher und Friedhelm Hengsbach, die aus ihren reichen akademischen und praktischen Erfahrungen die Grundrisse und Entwicklungslinien der katholischen Soziallehre seit dem 19. Jahrhundert skizzieren. Rauscher machte deutlich, dass Papst Leo XIII. 1891 in seiner Enzyklika „Rerum Novarum“ erstmals explizit die soziale Frage aufgriff, indem er menschliche Würde und einen „gerechten Lohn“ forderte. Hengsbach verwies darauf, dass darin letztlich der öffentlich regulierte Arbeitsmarkt in der Sozialen Marktwirtschaft

Deutschlands (Tarif- und Arbeitsrecht, solidarische Absicherung der Risiken) seine Grundlage habe.

Rauscher stellte heraus, dass die Arbeiterfrage schon frühzeitig in der katholischen Soziallehre nicht als Belang der Caritas, sondern als eine Frage der Integration in die Gesellschaft aufgefasst wurde. Diese sozialpolitische Grundhaltung habe sich auch im konkreten politischen Engagement von Christen (unter anderem verschiedener Sozialminister der Weimarer Republik) niedergeschlagen. Sie habe auch das Denken bekannter Ökonomen und Sozialethiker und letztlich das Grundkonzept der Sozialen Marktwirtschaft bei Walter Eucken und Oswald von Nell-Breuning geprägt. Er bedauerte allerdings, dass die IG-Metall und Tei-

le der Arbeitgeber im Nachkriegsdeutschland eine stärkere Beteiligung der Arbeiter am Produktivvermögen (Stichwort Investivlohn) verhinderten. Angesichts der wachsenden Schere zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen habe diese Forderung gerade heut wieder an Bedeutung gewonnen.

Beide Referenten bezogen sich auf Johannes Paul II., der die Überlegenheit eines marktwirtschaftlichen Systems anerkannt habe, wenn es in eine Wirtschafts- und Sozialordnung eingebunden sei, die Machtmissbrauch und soziale Ungerechtigkeiten verhindere und die Menschenwürde sichere. In diesem Kontext warnte er den Westen davor „...in dem Scheitern des Sozia-



Anton Rauscher (links) und Friedhelm Hengsbach betonten die zentrale Rolle der katholischen Soziallehre bei der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft

lismus den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen und sich nicht darum zu kümmern, an ihrem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen“.

Deregulierungswettlauf

André Schmidt von der European Business School an der Universität Kassel machte in seinem Beitrag allerdings deutlich, dass die Globalisierung den Standortwettbewerb um die immer mobileren Produktionsfaktoren – Arbeit und vor allem Kapital – dramatisch intensiviert habe. Dabei gehe es zunehmend auch um einen ordnungspolitischen Wettbewerb, der Art und Umfang der Regulierungen in der Steuer-, Umwelt- und Sozialpolitik

ebenso einschließe wie die Bereitstellung öffentlicher Güter. Dabei sei ein „Deregulierungswettlauf“ zu beobachten, der vorrangig auf Kosten der Arbeitnehmer gehe. Der Wohlfahrtsstaat drohe in einem „Unterbietungswettbewerb“ unter die Räder zu kommen, dem man allenfalls mit einer verstärkten wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung entgegenwirken könne. Ansonsten solle sich der Staat auf die Förderung von Agglomerationsvorteilen konzentrieren, wobei der Bildungspolitik eine herausragende Rolle zukäme.

Eine weitere Möglichkeit, dem Steuerungsverlust nationalstaatlicher Regulierungen im Zuge der Globalisierung

entgegenzuwirken, sieht Michael Aßländer von der Universität Kassel in der Stärkung einer neuen sozialen Verantwortung der Unternehmen. Dies gilt umso mehr, als die Unternehmen sich immer stärker als global agierende Kapitalgesellschaften von dem typischen Eigentümer-Unternehmen entfernt hätten, dem gemeinhin eine größere soziale Verantwortung zugesprochen würde. Deshalb müssten die Unternehmen selbst eine „vorgelegerte“ Moral- und Wertehaltung, eine „ethische Verantwortung“ für ihr konkretes Handeln entwickeln, wodurch die Idee der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt eine neue Begründung erhielte.

Wie Unternehmensethik zum Erfolgskonzept werden könne, erläuterte Helmut Becker am Beispiel des Toyota-Konzerns, des mit Abstand erfolgreichsten Automobilkonzerns. Letztlich sei die Unternehmensethik mit klaren Leitsätzen und ihrer Umsetzung das Erfolgskonzept des Konzerns. Kundenorientierung, die Durchsetzung der Unternehmensziele auf allen Ebenen, aber auch eine starke Berücksichtigung der Interessen der Belegschaften im Unternehmen führten zu einer Unternehmenskultur, die hohe Standards, Effizienz und hohe Kundenakzeptanz zur Folge habe. ■

*Wolfgang Quaisser
(siehe Pressestimme Seite 36)*

* Die Beiträge des „2. Forums Menschenwürdige Wirtschaftsordnung: Liberalismus, Sozialismus, Sozialstaat: Überlegungen anlässlich des 200. Geburtstages von John Stuart Mill“ wurden im Sonderheft 1 des Jahres 2007 des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) veröffentlicht.

Die neuen EU-Mitglieder:

Motor oder Bremse der europäischen Integration?

Am 1. Mai 2004 vollzog die Europäische Union den historischen Schritt der Erweiterung um zehn neue Mitgliedsländer. In diesem Jahr folgten Bulgarien und Rumänien. Mit 27 Nationen ist nunmehr der weltweit größte Staatenbund und Wirtschaftsraum mit mehr als 500 Millionen Menschen entstanden. Das Ende der Teilung des Kontinents und die Vision der Gründungsväter eines geeinten und friedlichen Europas scheinen erreicht. Auf einer gemeinsamen Tagung der Akademie mit dem Osteuropa-Institut München wurde eine erste Bilanz gezogen*.

Am Beginn der Tagung stand die Frage, ob die Geschichte eine Last für den europäischen Integrationsprozess darstelle. Adam Krzeminski von der polnischen Wochenzeitschrift „Polityka“ in Warschau behandelte diese Thematik im Kontext der Zeitgeschichte nach dem 2. Weltkrieg und beschrieb zunächst die sehr verschiedenartige Instrumentalisierung der Geschichte zur Identitätsstiftung im Osten wie im Westen des geteilten Kontinents.

Während sich der Westen unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ von der zerstörerischen Vergangenheit des Kontinents bewusst absetzte und insbesondere durch die deutsch-französische Aussöhnung eine neue Qualität der Beziehungen zwischen den Völkern schuf, seien im Osten zunächst Hass und Vergeltung gegen die Deutschen einer der „Klebstoffe“ des östlichen Bündnisses gewesen. Dieses begann erst seit Mitte der 60er-Jahre (beginnend mit dem Brief der deutschen und polnischen Bischöfe) aufzubrechen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Kneiffall Willy Brandts am Warschauer Ghetto-Mahnmal hätten schließlich zu einer langsam Annäherung zwischen Deutschen und Polen beigetragen, in deren Verlauf sich die gemeinsame Geschichte – trotz sehr unterschiedlicher Rollen – gleichsam als Bindeglied beziehungsweise als „Erfahrungsgemeinschaft“ herauskristallisierte.

Zunehmende Irritationen

Die polnischen Intellektuellen der Solidarnosc haben diesen Prozess in den 80er-Jahren mit ihrer positiven Haltung zur deutschen Einheit vertieft. In der politischen Wendezeit 1989/90 entwickelte sich dies zur offiziellen Position Polens, denn man betrachtete



Der polnische Journalist Adam Krzeminski:
„Im Osten waren Hass und Vergeltung gegen die Deutschen einer der Klebstoffe des Bündnisses“

die deutsche Einheit als Voraussetzung für Polens Weg nach Europa. Nach der guten Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in den 90er-Jahren nähmen aber in den letzten Jahren die Irritationen zu, die sich vor allem auch

um die Frage drehten, ob die Geschichte von Vertreibung und Deportation europäisch oder national aufgearbeitet werden solle (so beim Konflikt um das Zentrum für Vertreibung in Berlin).

Mutmachende Beispiele

Auch die Thematisierung der „Vergangenheitspolitik“ der national-konservativen Kräfte in Polen im Kontext verschiedener Wahlkämpfe (ab 2003) führte zu einer Art Revision der polnischen Deutschlandpolitik. Es kulminierte in der Forderung, die polnischen Interessen müssten „hart und brutal“ durchgesetzt werden, wobei man dies durchaus als Rückgriff auf die 50er-Jahre betrachten könnte. Nach Ansicht Krzeminskis wird der Vorwurf der polnischen Nationalisten bezüglich einer Revision des deutschen Geschichtsbildes (Bezug zur Neubetrachtung der Vertreibung und Darstellung des Bombenkrieges) vielfach genährt durch die „Asymmetrie“ des historischen Gedächtnisses zwischen Deutschen und Polen. Die Deutschen würden einer relativen Geschichtslosigkeit verdächtigt, die sich verschiedentlich in der aktuellen Politik niederschläge (Kontroverse um die deutsch-russische Gaspipeline) und Konflikte auslöse. Dennoch gäbe es auch aktuelle positive Beispiele, in denen sich die deutsche und polnische Geschichtsdebatte gegenseitig beeinflusse. Er bezog sich dabei auf die Debatte, die

durch Günter Grass ausgelöst wurde. Wenn Deutsche und Polen so intensive und positive Beziehungen in den letzten Jahrzehnten entwickelt hätten, dann deshalb, weil die (unverfälschte) Geschichte uns enger verbindet, als wir bereit seien zuzugeben.

* Ausgewählte Beiträge der Tagung wurden bereits im ifo-Schnelldienst 14-07 veröffentlicht

Martin Schulze-Wessel wies in seinem Kommentar darauf hin, dass für Historiker die Formulierung „Last der Geschichte“ nicht nur aus ihrem professionellen Selbstverständnis heraus schwer verdaulich sei. Sie reflektiere allerdings eine EU-zentrierte Perspektive, die zur Fokussierung auf die Zukunft Europas aufrufe, um die „Hypothek der Vergangenheit“ hinter sich zu lassen. Der rationale Kern dieser Haltung bestehe darin, dass die EU tatsächlich mit globalen Herausforderungen konfrontiert sei, die man nur gemeinsam meistern könne. Hans Böhm, ehemaliger Landtagspräsident und früherer Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft, beklagte, dass die „Last der Geschichte“ vielfach zu sehr aus nationalstaatlicher Sicht diskutiert werde und das Schicksal der Menschen zu wenig im Blickpunkt stünde.

Potenzial für autoritäre Strukturen

Klaus Ziemer, Leiter des Deutschen Historischen Institutes in Warschau, wies auf die Instabilität der polnischen Parteienlandschaft hin. Während auf der linken Seite mit dem Wahlbündnis SLD zunächst noch eine gewisse Kontinuität zu beobachten war, sei es dem konservativen und liberalen Lager kaum gelungen, stabile Strukturen auf-

zubauen. Erst seit der Einführung der Fünf-Prozent-Klausel sei eine stärkere Konzentration zwischen Links- und Rechtsbündnissen festzustellen. Umfragen zeigten, dass in der Bevölkerung ein großes Potenzial für autoritäre Strukturen vorhanden sei, die generelle Zufriedenheit abgenommen habe, das Vertrauen in staatliche Institutionen gering und angesichts von Kriminalität und Korruption das Ansehen von Militär und Polizei gewachsen sei. Vor diesem Hintergrund hätten die rechtskonservativen Kräfte in Polen stärkeren Zulauf erhalten. Bemerkenswert sei allerdings, dass trotz der europaskptischen Haltung der Regierung die Bevölkerung gegenüber Europa eher positiv eingestellt sei.

In Ungarn, so Jürgen Dieringer von der Andrassy-Universität in Budapest, sei das Vertrauen in die europäischen Institutionen größer als in die eigenen nationalen. Zudem herrsche die Meinung vor, dass die eigene politische Elite unfähig beziehungsweise verlogen sei. Pointiert brachte er dies damit zum Ausdruck, dass Bill Clinton, wenn er sich zur Wahl stellen würde oder könnte, beste Aussichten hätte, ungarischer Präsident zu werden. Die Unzufriedenheit wachse, was sich in entsprechenden, auch radikalen Protesten niederschlage.

Konflikte mit Russland

Katrin Boeckh vom Osteuropa-Institut München (OEI) betonte in ihrem Kommentar, dass der Systemwechsel in Südosteuropa später, schleppender und teilweise blutig (siehe Rumänien, Krieg im ehemaligen Jugoslawien)



Katrin Boeckh: „Europa braucht ein demokratisches und stabiles Serbien“

verlaufen sei, was Folgen für den Demokratisierungsprozess dieser Länder gehabt habe (unter anderem geringeres Verständnis für die Notwendigkeit der Gewaltenteilung, in einigen Fällen langsamer Elitenwechsel). Als Hintergrund erwiesen sich „balkanische Kommunismusmodelle“, die sich teilweise in Loslösung von Moskau auf stärkere „nationale Eigenständigkeit“ stützten. Sie waren auch durch autoritäre Staatsführung mit „charismatischen“ Führungspersönlichkeiten und durch starke Korruption gekennzeichnet.

Hinsichtlich der Perspektive für den Westbalkan sei eine baldige Mitgliedschaft Kroatiens in der EU denkbar, doch Europa brauche vor allem ein demokratisches und stabiles Serbien. Ungeklärt bleibe die Frage des Kosovo, das ungeachtet der albanischen Bevölkerungsmehrheit originäres serbisches Staatsgebiet darstelle und eine Loslösung Völkerrechtsprobleme, aber auch Konflikte mit Russland heraufbeschwöre.



Zeichnung: Tomaschoff

Neue Euro-Länder erst 2009

Die ökonomischen Effekte der Erweiterung waren zweites Schwerpunktthema der Tagung. Wirtschaftlich sei die Osterweiterung ein Erfolg gewesen, denn sie habe – so Wilhelm Kohler von der Universität Tübingen – zu positiven Wachstums- und Wohlfahrtseffekten, insbesondere für Deutschland und Österreich geführt. Dies gilt auch, wenn man die zusätzlichen Beitragszahlungen für die EU-Transfers berücksichtige. Ein baldiger Beitritt der neuen Mitgliedsländer zur Währungsunion werde entgegen früherer Ambitionen sich allerdings nach Auskunft der anwesenden Experten aus der Wissenschaft (Jarko Fidrmuc von der LMU München) und von der Europäischen Zentralbank noch viele Jahre hinziehen. Bisher habe es nur Slowenien im Jahr 2007 geschafft, wogegen Polen, Ungarn sowie die Tschechische Republik die Fiskalkriterien und die baltischen Staaten das Inflationskriterium des Maastricht-Vertrages verfehlten. Während Malta und Zypern noch in diesem Jahr den Euro einführen, seien die nächsten Beitritte von ostmitteleuropäischen Staaten zur Eurozone frühestens 2009 zu erwarten.

Arbeitsplatzverluste

Der wirtschaftliche Strukturwandel sei in den neuen Mitgliedsländern (Michael Landesmann, Wien) weit fortgeschritten, wobei zunehmend nicht nur arbeitsintensive Erzeugnisse, sondern auch Zwischenprodukte für die industrielle Fertigung sowie Enderzeugnisse für den europäischen Markt hergestellt würden. Hierzu hätten – so Anselm Mattes von der Universität Tübingen – vor allem ausländische Direktinvestitionen beigetragen, die nur teilweise aus Kostengründen (das heißt zu Lasten westlicher Arbeitsplätze) in diesen Ländern entstanden seien. Vielfach wirkten sie komplementär und sicherten Arbeitsplätze im Westen.

Volkhart Vincentz (OEI) versuchte, das Ausmaß der seit Anfang der 90er-Jahre aus Kostengründen aus Deutschland verlagerten Arbeitsplätze nach Osteuropa zu quantifizieren und kam

auf eine Zahl von fast 400 000. Dies sei natürlich kein Nettoeffekt, denn Arbeitsplätze in Mutterunternehmen seien vielfach in den qualifizierten Bereichen entstanden. Zudem wirke die Handelsexpansion positiv auf den Arbeitsmarkt.

Bedrückend hoch verharre in einigen Ländern (insbesondere Polen und Slowakei) die Arbeitslosigkeit, doch zeichne sich nach Landesmann seit 2001 eine deutliche Beschäftigungszunahme, besonders in den qualifizierten Bereichen ab. Auch in den neuen Mitgliedsländern seien die Arbeits-



Michael Landesmann: „Der wirtschaftliche Strukturwandel ist in den neuen Mitgliedsländern weit fortgeschritten“

marktprobleme nach Michael Knogler (OEI) nicht nur dem raschen Strukturwandel, sondern auch strukturellen Defiziten der Arbeitsmärkte geschuldet (geringe Mobilität, Segmentierung der Märkte, fehlende aktive Arbeitsmarktpolitik).

Das Migrationspotenzial der neuen Mitgliedsländer wird von Barbara Dietz (OEI) weitgehend als begrenzt angesehen. Zudem mache sich in Deutschland in einigen Segmenten ein Mangel an Arbeitskräften (unter anderem Facharbeiter und Pflegepersonal) bemerkbar. Eine Lockerung der Übergangsbestimmungen bezüglich der Einschränkung der Arbeitnehmerfreiheit sei deshalb überlegenswert. Hans Dietrich von Loeffelholz vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg regte eine abge-

stimmte Migrations- und Integrationspolitik an, die von der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik flankiert werden solle, um die Chancen eines größeren Arbeitsmarktes in der Europäischen Union zu nutzen.

Ende der Europa-Euphorie?

Die abschließende Podiumsdiskussion zwischen der polnischen Generalkonsulin Elzbieta Sobótka, dem Europaparlamentarier Markus Ferber, Klaus Ziener und Henryk Jarczyk vom Bayerischen Rundfunk themisierte die Frage, ob nach der großen Erweiterung die Europa-Euphorie vorüber sei. Deutlich wurde, dass Europa-Euphorie selten bestanden habe, denn



Diskussion über das Ende der Europa-Euphorie: Die polnische Generalkonsulin Elzbieta Sobótka
Fotos: Bungartz

meist ging es um eine nüchterne Be trachtung der eigenen Interessenslagen. Alten und neuen EU-Mitgliedern fiel es mitunter schwer, ihre Rolle in der erweiterten EU zu definieren und ihre europapolitischen Vorstellungen zu bündeln. Die Europäer würden von Selbstzweifel geplagt, obwohl ein be herztes Anpacken der offenen internen Reformprojekte notwendig sei. Der jetzt vereinbarte „abgespeckte“ Verfassungsvertrag gebe jedoch wieder An lass zu Hoffnungen. ■

Wolfgang Quaisser

„Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“

Weitere Anstrengungen für ein besseres Miteinander sind erforderlich

Migration, Integration, interethnisches und multikulturelles Zusammenleben – diese Themen beschäftigen die deutsche Politik nicht erst in jüngster Zeit. Allerdings spricht einiges dafür, dass seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 eine deutlich realistischere Sicht der damit verbundenen gesellschaftlichen Aufgaben und Notwendigkeiten mehrheitsfähig geworden ist. Die Einsicht beginnt sich durchzusetzen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass unser Staat akzeptable und verfassungskonforme Konzepte und Regeln zur Steuerung der Zuwanderung entwickeln und durchsetzen muss. Multi-Kulti-Illusionen einerseits und national-konservative Abschottungs-ideologien andererseits bringen uns nicht weiter.

Die Große Koalition erklärte das Thema der Integration von in Deutschland lebenden und neu zuziehenden Ausländern zu einer Schwerpunktaufgabe der Regierung. Der 2006 von Bundeskanzlerin Merkel initiierte „Integrationsgipfel“ sowie die von Innenminister Schäuble auf den Weg gebrachte „Deutsche Islamkonferenz“ signalisieren die Bereitschaft, die Defizite der bisherigen Integrationspolitik zu be-

Bundesamtes haben 15,3 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, unter ihnen sind 5,8 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren. Wie viel Zuwanderung verträgt das Land? Wie muss Integration aussehen? Welche Werte sind für uns alle verbindlich? Was bedeutet Zuwanderung für den Arbeitsmarkt heute und eine alternde Gesellschaft morgen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigten sich die Teilnehmerinnen einer konfessionsübergreifenden Frauengatag.

Kein neues Phänomen

Zunächst stand die Zuwanderungs- und Integrationspolitik in der Bundesrepublik im Mittelpunkt des Interesses.

Margret Spohn von der Stelle für interkulturelle Arbeit bei der Landeshauptstadt München verwies zunächst darauf, dass Zuwanderung für Deutschland kein grundlegend neues Phänomen darstellt. Schon immer sei unser Land das Ziel von Heimat- und Arbeitssuchenden gewesen, so zum Beispiel für die aus Frankreich stammenden Hugenotten oder für die zu Beginn der Industrialisierung ins Ruhrgebiet emigrierten Polen. Die Integrationspolitik von heute erfordere von allen Beteiligten mehr denn je eine Kraftanstrengung mit dem Ziel einer erfolgreichen Eingliederung und Einbindung von Zuwanderinnen und Zu-



Margret Spohn: „Migrationspolitik erfordert eine Kraftanstrengung von allen“
Fotos: Scheithauer

nennen und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung zu ergreifen. Zwar erlebt Deutschland zur Zeit nur noch eine moderate Zuwanderung von per saldo 100 000 Menschen im Jahr, doch die Wirkungen und Folgen der jahrzehntelangen Zuwanderung sind weitaus größer als bislang angenommen. Nach neuesten Erhebungen des Statistischen

wanderern in die gesellschaftlichen Kernbereiche. „Wir müssen von den Einwanderern die Bereitschaft zur Integration in unser gesellschaftliches Wertesystem erwarten können. Wir müssen den Menschen aber auch das Gefühl geben, dass sie in unserem Land willkommen sind“, sagte Spohn.

Doch gerade der Eindruck, in der neuen Heimat unerwünscht zu sein, gesellschaftliche Ausgrenzung und berufliche Perspektivlosigkeit sind nach Auffassung von Gerhard Götzl Hauptursachen dafür, warum es vielen Migranten schwer fällt, in Deutschland Fuß zu fassen. Götzl ist Rektor an der Volksschule Grafenwöhr und langjährig



Rektor Gerhard Götzl berichtete von praktischen Erfahrungen mit Kindern von Spätaussiedlern

riger Fachbetreuer für den Unterricht ausländischer Schüler sowie für interkulturelle Erziehung. Der erfahrene Pädagoge, der den Tagungsteilnehmerinnen mit einem „Minisprachkurs Russisch“ deutlich vor Augen führte, was es heißt, sich beispielsweise als Spätaussiedler in einer völlig neuen Umgebung orientieren zu müssen, warb für Verständnis gegenüber den neuen Mitbürgern. Zugleich ermunterte er die Zuhörerinnen, von denen sich viele in Kommunalparlamenten und ehrenamtlichen Einrichtungen engagieren, in ihrem Einsatz für ein besseres Miteinander von Deutschen und Migranten nicht nachzulassen.

Gül Solgun-Kaps, die selbst als junges Mädchen mit ihrer Mutter nach Deutschland eingewandert war und heute Fachbetreuerin für türkische Lehrkräfte und interkulturelles Lernen



Gül Solgun-Kaps warnte vor dem Erstarken fundamentalistischer Glaubensgemeinschaften

in Schwaben ist, befasste sich in ihrem von persönlichen Erfahrungen geprägten Vortrag mit der Situation der Muslime in Deutschland. Erfolgreiche Integration, so Solgun-Kaps, sei kein Zufall, sondern das Resultat des Zusammenwirkens vieler einzelner Faktoren wie beispielsweise Spracherwerb, Bildung und Erziehung zu Toleranz und Akzeptanz. Eindringlich warnte die Mutter von vier Kindern vor dem Erstarken fundamentalistischer Glaubensgemeinschaften und forderte den Staat zu konsequentem Handeln auf.

Mit dem Thema Einwanderung und Arbeitsmarkt in Deutschland beschäftigte sich Elmar Hönekopp vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfor schung in Nürnberg. Hönekopp be legte mit Datenmaterial die prekäre

Situation vor allem von türkischen Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Besonders beunruhigend, so Hönekopp, sei das Bild bei den türkischstämmigen Migranten der zweiten und dritten Generation. Sie hätten, auch bei guter Schulbildung, kaum bessere Chancen auf Arbeit als ihre Väter oder Großväter. Vor dem Hintergrund der jüngsten Debatte um einen Facharbeitermangel in Deutschland rief Hönekopp zu einem Umdenken in Wirtschaft und Unternehmen auf und warnte davor, Arbeitskraft- und Wissenspotenzial von Migranten zu unterschätzen. ■

Michael Scheithauer



Zeichnung: Tomaschoff

Konfliktpotenzial und Brückenfunktion

Zur Rolle der Religionen in Südosteuropa

Mit dem Focus auf Südosteuropa, einer Region, in der auf engem Raum durch die Jahrhunderte die unterschiedlichsten Religionen, Konfessionen und Glaubensbekenntnisse aufeinander treffen und – nicht immer friedlich – nebeneinander existieren, wurde in der idyllisch am Starnberger See gelegenen Evangelischen Akademie Tutzing versucht, „Konfliktpotenzial und Brückenfunktion“ der Religionen auszuloten. Die Tagung wurde gemeinsam organisiert mit der Südosteuropa-Gesellschaft, der Akademie für Politische Bildung und der Universität Münster. An nur zwei Tagen bereiteten achtzehn (!) Referenten eine Fülle an Faktenwissen und Meinungen aus, die schwerlich in einen räumlich beschränkten Konferenzbericht zu pressen sind.

In seiner Begrüßung und Einführung hatte Akademiedirektor Friedemann Greiner Prinz Aga Khan zitiert, der anlässlich der Verleihung des „Toleranz-Preises“ an ihn am 20. Mai 2006 am gleichen Ort gesagt hatte: „Die menschliche Neigung zur Uneinigkeit wird – dies ist meine feste Überzeugung – von einem zutiefst menschlichen Impuls begleitet, Trennendes zu überbrücken. Und je gefestigter wir in unserer eigenen Identität sind, desto wirksamer können wir anderen zu Hilfe kommen.“

Damit war eine Lösung vorgegeben, die sich leitmotivisch durch sämtliche Rede- und Diskussionsbeiträge zog. Es bedurfte ausgiebiger historischer Rückblicke, um die Konflikte der jüngsten Gegenwart besser verstehen zu können. Deren ideologische Rechtfertigung enthielt zumeist drei Ingredienzien: die Suche nach der eigenen, religiös begründeten nationalen Identität, der Missbrauch der Religion und Manipulation der Gläubigen durch nationalistische Politik und Propaganda, schließlich die subjektive und selektive Wahrnehmung der eigenen Geschichte in nationalistischer und religiöser Abgrenzung zu „den Anderen“, die ihre eigene Wirkungsmacht bis in die Politik und das Bewusstsein der Menschen ausübt.

Aber von fast allen Referenten wurde auch – faktengestützt oder als Auftrag postuliert – die Friedfertigkeit der Religionen herausgestellt. So beispielhaft

von Hans Maier, dessen Vortrag „Über Gewalt in den Religionen“ zu den Highlights der Konferenz zählte. Nach seiner Erkenntnis lasse sich „ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Religion und Gewalt religionsgeschichtlich und auch systematisch – weder positiv noch negativ – nicht behaupten“. Zwar könne Religion „Gewalt stimulieren, sie aber auch kanalisieren oder sublimieren, indem sie ihr neue Inhalte und Objekte gibt“.

Bezüglich der drei abrahamitischen Religionen Judentum, Christentum, Islam (auf deren gemeinsame

Wurzeln in Tutzing immer wieder verwiesen wurde), dürfe nicht vergessen werden, dass „sie in einer archaischen Welt entstanden sind und sich entfaltet haben, in der Gewalt ‚normal‘“ gewesen sei: „Der Gott der Bibel ist ein gewaltiger, zu Zeiten sogar ein gewalttätiger, aber kaum ein barmherziger Gott.“ Ebenso deutlich sei jedoch, so Hans Maier, dass sich in der Bibel auch Gewaltkritik und Gewaltbegrenzung fänden, gipfelnd in der Bergpredigt. So sei mit dem Kreuz Jesu ein Symbol des Gewaltverzichts gegeben, auf das sich die Kritiker einer Gewaltanwendung während der Geschichte des Christentums immer wieder berufen könnten. Komplizierter stellten sich für Maier die Verhältnisse im Islam dar, dessen

Stifter Mohammed zugleich Staatsgründer und Kriegsherr gewesen sei. Der Islam kenne auch keine strikte Unterscheidung zwischen geistlicher und weltlicher Sphäre. Dem Haus des Islam (Gottesstaat) stünde das Haus des Krieges (der nicht-islamischen Welt) gegenüber. Endgültiger Friede sei erst erreicht, wenn es nur einen Staat, den Gottesstaat gebe. Das sei aber nicht gleichbedeutend mit einem Dauerkrieg. In friedlichen Zwischenzeiten seien auch friedliche Kontakte zu den Ungläubigen zu pflegen.

Dieser letzteren Interpretation trat später Ana Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, entgegen. Die oft berufene Einteilung in „Haus des Islam, Haus des Krieges / des Feindes“ sei eine im Mittelalter von islamischen Juristen und nicht Theologen getroffene Festlegung, die sich weder im Koran noch in der Sunna finde. Sie sei auch auf einer Konferenz europäischer Imame 2003 in Graz als höchstens von histo-

„Der Gott der Bibel ist ein gewaltiger, zu Zeiten sogar ein gewalttätiger, aber kaum ein barmherziger Gott“

Hans Maier

rischer, aber nicht von aktueller Relevanz abgelehnt worden.

Hans Maier hatte zuvor auf die Gewaltanfälligkeit auch des Christentums während seiner Geschichte und dabei auf das eklatante Beispiel der Kreuzzüge verwiesen. Noch heute sei der Aufruf Papst Urbans II. eine erschreckende Lektüre, als deren aktuelle Entsprechung die Gewaltaufrufe und Heils- und Paradiesversprechungen der „Djihadisten“ für die Selbstmordattentäter erschienen. Seiner Auffassung nach berufen sich die Anführer des modernen Djihad auf nur überlieferte Aussprüche Mohammeds (in der Hadith), nach denen derjenige ein Märtyrer und Soldat Allahs sei, der im

Djihad den Opfertod erlitten habe, wodurch er von aller Schuld befreit und der höchsten Stufe des Paradieses sicher sei. Daraus werde die schrankenlose Ermächtigung interpretiert, die westliche, die ungläubige Welt mit allen Mitteln zu bekämpfen, auch unter Mitnahme vieler schuldloser Opfer.

Schuldbekenntnis

Maier suchte auch eine Antwort auf die Frage „Wie kommen die monotheistischen Religionen bei der Gewaltbegrenzung zu gemeinsamen Einsichten und einem gemeinsamen Weg?“ Er erinnerte an das im Jahr 2000 verkündete Schuldbekenntnis des Papstes Johannes Paul II. für die im Namen des Christentums, insbesondere während der Kreuzzüge begangenen Gewalttaten. Im Islam gebe es zwar keine vergleichbare letztgültige Instanz, sondern viele Richtungen. In ihrer Mehrheit aber habe die islamische Welt, so Maiers versöhnender Abschluss, die Attentäter vom 11. September verurteilt und betrachte den im Namen des Islam verübten Terror als durch den Koran nicht zu rechtfertigen.

Isolde Kurz, Islamwissenschaftlerin und Expertin für Interkulturelle Kommunikation an der Universität München, griff noch einmal auf den unsäglichen Karikaturenstreit zurück. Nach ihrem Eindruck habe sich hinter der ganzen Aufregung eine untergründige, gefühlsmäßige Angst vor dem Islam verborgen. Sie plädierte deshalb dafür, sich intensiver mit allen Facetten des Islam, auch in historischer Sicht, zu befassen und auseinanderzusetzen, da hierzulande doch noch eine verbreite Unkenntnis und Klischees vorherrschten. Umgekehrt seien auch die Bilder von Europa in der islamischen Welt klischehaft, da man sich nie ernsthaft mit Europa beschäftigt habe, was sich heute besonders nachteilig auswirke.

Kurz gemahnte an die besondere Verantwortung der Europäer und der in Europa lebenden Muslime für einen sachlichen Dialog zwischen den Religionen und Kulturen, denn nirgends lebten Muslime und Christen/Europäer enger beieinander. Dialog sei auch erlernbar, wenn man nicht im „Wir und

Ihr“-Denken verharre. Angesichts der aktuellen Terrorlage, aber auch im Blick auf den noch nicht soweit zurückliegenden Krieg in Bosnien-Herzegowina, nicht zuletzt aber auch auf die Jahrhunderte lange Herrschaft des Osmanischen Reiches über weite Teile Südosteuropas nahmen der Islam und das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in Geschichte und Gegenwart weite Teile der Konferenz in Anspruch. Dazu zwei Zitate. Karl Kasser von der Universität Graz, der zum Thema „Osmanisches Reich: Außereu-



Hans Maier verwies auf die Gewaltanfälligkeit auch des Christentums
Foto: hmw

ropäische Macht oder Teil der europäischen Geschichte?“ einen sehr illustrativen Vortrag hielt, fasste diesen Teil der Geschichte Südosteuropas wie folgt zusammen:

Selbstverwaltungsrechte

„Der Charakter des Osmanischen Reiches war islamisch, türkisch, arabisch, persisch und ein wenig auch europäisch – europäisch insofern, als sein tributärer Charakter bestehende regionale Gewohnheitsrechte bestehen ließ, sofern sie nicht im eklatanten Widerspruch zur Scharia standen; die Religionsgemeinschaften der Ugläbigen konnten nicht nur bestehen bleiben, sondern erhielten sogar weitgehende Selbstverwaltungsrechte zugesprochen. Diese selbstbewusste Großzügigkeit ging zwar nicht so weit, dass sie einen dem Islam ebenbürtigen Status einzunehmen in der Lage waren, aber andererseits wurden Zwangsislamisierungen nur in speziellen Situati-

onen vorgenommen. Diese Konstruktion legte die Basis für die spätere Rolle der Religionen sowohl als Konfliktpotenzial als auch in ihrer Brückenfunktion.“

Ähnlich, doch mit einer gedanklichen Weiterführung formulierte Thomas Bremer vom Ökumenischen Institut an der Universität Münster in seinem ausführlichen und grundlegenden Einleitungsreferat zur Vielfalt der Religionen und Konfessionen in Südosteuropa: „Christen und Juden waren zwar nicht in einer privilegierten Situation wie Muslime, konnten aber die Jahrhunderte unter der Fremdherrschaft überstehen. Man sollte diese Situation nicht romantisch erklären, doch kann jedenfalls von einer Jahrhunderte langen Verfolgung während des Osmanischen Reiches nicht die Rede sein. Wenn es Repression gab, dann war das in der Regel Folge von illoyalem Verhalten der Christen dem osmanischen Staat gegenüber. Wichtig ist jedoch, dass in den christlichen Kirchen und beim größten Teil der christlich geprägten Bevölkerung diese Zeit als massive Unterdrückung wahrgenommen wird.“

Nation und Religion

Diese Wahrnehmung der eigenen Geschichte wirkte sich auch nach der allmählichen Befreiung der südosteuropäischen Völker vom „Osmanischen Joch“ und dem gleichzeitigen Erwachen des nationalen Bewusstseins im 19. Jahrhundert auf die Definition der jeweiligen Identität aus. Dazu Thomas Bremer: „Man war jetzt nicht mehr nur Katholik, sondern Katholik und Kroate, oder nicht mehr nur orthodox, sondern orthodox und Griech oder Bulgar oder Serbe. Diese enge Verbindung zwischen Religion und Nation hatte zahlreiche Folgen, die bis heute nachwirken... Die Beendigung der Türkenzzeit wurde dann zugleich als nationale wie auch religiöse Befreiung wahrgenommen. Seither ist aus den zwischenreligiösen Beziehungen die nationale Komponente nicht mehr wegzudenken; beide Faktoren bedingen einander.“

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der bereits vor dem Zweiten Weltkrieg

begonnene Modernisierungs- und Säkularisierungsprozess unter den bosnischen Muslimen durch den Krieg in Bosnien-Herzegowina ab- oder zumindest unterbrochen wurde. Zwar hatte sich bereits vor dem Bosnien-Krieg eine muslimisch bestimmte „Nation“ etabliert. Aber für die muslimi-

niert worden, während bei den Muslimen vor 1918 erst nur von einem „Protonationalismus“ gesprochen werden konnte. Überhaupt wurden die Muslime erst 1963 in Bosnien-Herzegowina und 1968 auf Bundesebene als eines der „Völker“ in Jugoslawien anerkannt.



Zeichnung: Tomaschoff

sche Bevölkerung wurde der Islam erst mit dem beginnenden Zerfallsprozess Jugoslawiens und dem folgenden Bosnischen Krieg zu ihrem nationalen Identifikationsmerkmal – auch als Reaktion auf die Aggressivität der serbischen und auch kroatischen Kriegsgegner, deren Konfession durch die politischen Führungen zu einem die nationale Identität stiftenden Wert eingesetzt und propagandistisch und mobilisierend missbraucht worden war.

Das in Bosnien-Herzegowina stets von drei Glaubensgemeinschaften und communities – Orthodoxe/Serben, Katholiken/Kroaten und mehrheitlich Muslimen/Bosniaken – bestimmte, doch zumeist geordnete und friedliche Neben-, Mit- und Gegeneinander bis hin zum vielleicht komplexesten nation building process auf dem Balkan wurde detailreich von Ludwig Steindorff von der Universität Kiel ausgebaut. Parallel zu den Nationalbewegungen in den beiden benachbarten Kernländern sei auch bei den Serben (entschiedener) und den Kroaten (differenzierter) in Bosnien-Herzegowina das Konfessionsbewusstsein durch das Nationalbewusstsein zunehmend do-

Trotz der propagierten Deckungsgleichheit von religiöser und nationaler Identität bei allen drei Parteien des bosnischen Krieges vertrat Steindorff die These, dass es kein Religionskrieg gewesen sei, aber doch „ein Kampf um religiöse Zeichen (Symbole), weil diese als nationale Zeichen gedeutet wurden“. Darin seien auch die Motive für die gezielte Zerstörung so vieler sakraler Objekte wie Moscheen und Kirchen zu finden.

Geregeltes Nebeneinander

Abschließend plädierte Steindorff für die Erhaltung und Festigung des Gesamtstaates Bosnien-Herzegowina, der „im Anspruch kein Nationalstaat“ sei noch sein könne. Es stelle sich für die drei Konfessionen / Nationen die Aufgabe, sich auf ein geregeltes Nebeneinander bei gegenseitiger Achtung und Anerkennung der Verschiedenheit zu verständigen, wie es bereits vor der Entstehung der Nationalstaaten funktioniert habe, als die drei communities, einschließlich der zugewanderten Juden, für sich eine bosnische „Regionalidentität“ entwickelt hatten.

Dieser Forderung schlossen sich in modifizierter Form zwei Gäste aus Bosnien-Herzegowina an: Mato Zovkic, Generalvikar der Erzdiözese Sarajevo, und Miljenko Anicic, Caritas-Direktor in Banja Luka, verknüpften ihre bewegenden Appelle für ein friedliches Miteinander der Religionsgemeinschaften ebenfalls mit der Forde rung nach gegenseitiger Anerkennung ihrer Verschiedenartigkeit. Zovkic wörtlich: „Nur wenn wir unsere ethnisch-religiöse Identität in echter Freiheit und Pluralismus beibehalten und pflegen dürfen“, würde von den Volks- und Religionsgemeinschaften der Staat aktiv unterstützt werden. Zustimmend zitierte er aus einer „Plattform für Dialog“ der islamischen Gemeinde, in der hate speach und Beleidigung Andersgläubiger verurteilt und Versöhnung und Vergebung „im multikulturellen Bosnien“ als „unser einziger Weg zum Überleben“ gefordert werden.

Eine Aufteilung nach Nationalitäten, wie sie Peter Jordan, Wien, vorschlug, da ein von außen oktroyierter Gesamtstaat nie funktioniere werde, lehnte Steindorff unter lebhafter Zustimmung aus dem Auditorium strikt ab, weil damit die Serben und Kroaten ihre Kriegsziele schließlich doch noch erreichen würden.

Von konfessionellen und weltlichen Hilfsprojekten für Bosnien berichteten Pfarrer Christoph Zimmer, Berlin, der von 1997 bis 2003 für die nicht immer erfolgreiche „Vereinigung für interreligiöse Friedensarbeit Abraham Sarajevo“ tätig war (Zimmer: „Dialog ist alternativlos. Erfolg ist nicht das einzige Kriterium.“) und Cristina Krause, Leiterin des Regionalbüros Sarajevo der Konrad-Adenauer-Stiftung, der unter ihrem spürbaren persönlichen Engagement eine Reihe von Projekten im Sinne des Interreligiösen Dialogs offenbar gelungen sind. Als Beweis kann gelten, dass der Anstoß für das im Oktober eröffnete Interreligiöse Institut der Adenauer-Stiftung aus den Religionsgemeinschaften kam.

Hatte schon Bremer in seinem Einleitungsreferat Albanien und Kosovo als islamisches Verbreitungsgebiet benannt, aber seinen Einfluss als unbedeutend eingestuft und zugleich betont,

dass aus historischen Gründen kaum Gegensätze zwischen den auch recht starken orthodoxen und katholischen Glaubensgemeinschaften vorhanden seien, so bestätigte später auch Fabian Schmidt, Leiter des Albanischen Programm der Deutschen Welle in Bonn, dass Religion von den Albanern immer unter pragmatischen Gesichtspunkten ausgeübt worden sei, unter der Osmanischen Herrschaft mit vielen opportunistischen Konversionen, nach dem Ende des „ersten atheistischen Staates der Welt“ unter Enver Hoxha im Zeichen des ökonomischen Überlebens. Die große Mehrheit der Albaner sei heute noch immer (oder wieder) muslimisch. Aber, so Schmidt, „kein Albaner würde Albanien deshalb als muslimisches Land bezeichnen“. Im Kosovo, so Bremer und Schmidt übereinstimmend, habe unter der muslimischen Mehrheitsbevölkerung Religion ohnehin nie eine bestimmende Rolle gespielt.

Die Themen Islam und christlich-islamisches Verhältnis bestimmten zwar weite Strecken der Konferenz, aber waren doch nicht dominierend. Schließlich steht der Islam erst an dritter Stelle der Glaubensbekenntnisse in Südosteuropa. Am weitesten verbreitet ist nach wie vor das Christentum, und von den Christen wiederum benennt sich die größte Zahl zur Orthodoxie (Rumänen, Bulgaren, Serben, Makedonier, Griechen sowie ein Teil der Albaner). Bremer erläuterte in seinem Einleitungsreferat, dass alle „autokephalen“ (selbständigen) Kirchen in enger Verbindung zur jeweiligen Ethnie oder Nationalität stehen, nach der sie sich auch benennen: Rumänische, Serbische, Bulgarische... Orthodoxe Kirche.

Volksverbundenheit

Alle diese Kirchen, so Bremer, seien im Verlauf ihrer Geschichte zweifach konditioniert worden, einmal durch die osmanische Herrschaft, während der die Kirchen „oft die einzigen Institutionen waren, in denen die nationale Kultur und Erinnerung bewahrt wurde“. Zum zweiten entstanden diese Kirchen erst während der Nationalbewegung und der Gründung der Natio-

nalstaaten im 19. oder frühen 20. Jahrhundert. Diese Entwicklung führte zu den für die orthodoxen Kirchen im Südosten typischen engen Beziehungen zwischen Kirche und Nation. Auch ist bis heute ein typischer Charakterzug dieser Kirchen, deren Priester zumeist aus dem „einfachen Volk“ kommen, ihre enge Volksverbundenheit.

Das hoben auch die anderen Referenten hervor, die sich mit einzelnen orthodoxen Kirchen befassten: Klaus Buchenau (Freie Universität Berlin), der die serbisch-orthodoxe Kirche wegen ihrer Tendenz zur Segregation und ihrer gespaltenen Haltung zur Säkularisierung und zur Moderne kritisierte; Hans-Dieter Döpmann, Berlin, der gewohnt temperamentvoll und mit positiver Benotung die Geschichte und heutige Situation der bulgarisch-orthodoxen Kirche und der Religionen in Bulgarien schilderte; Martin Hauser, Universität Fribourg, zur Zeit Universität Bukarest, der die spezifische konfessionelle Vielfalt Rumäniens und seiner vorangegangen Fürstentümer Moldau/Walachei und Siebenbürgen detailliert darstellte und die schon frühzeitig praktizierte und über die kommunistische Zeit bis heute erhaltene gelebte und gesetzlich garantierte friedliche Pluralität der Konfessionen hervorhob.

Athanios Vletsis vom Institut für Orthodoxe Theologie an der Universität München, nahm sich kritisch der griechisch-orthodoxen Kirche an und stellte die Frage, warum sie sich so schwer mit dem Bild vom modernen Staatsbürger tue. Ihr Beitrag werde weder ihrer Rolle noch ihrer Aufgabe in einer modernen Bürgergesellschaft gerecht. Sie müsse ihre Gläubigen freilassen, die Laien ernst nehmen und in das kirchliche Leben einbinden, sich nach außen öffnen und Kontakte und Kooperation auch zu weltlichen Organisationen und Institutionen suchen. Die römisch-katholische Kirche in Südosteuropa, dort heute die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft (Kroaten, Ungarn, Albaner, Slowenen, Slowaken...), war in die Auseinandersetzungen und Abgrenzungskämpfe zwischen Rom und Konstantinopel geraten, was ebenso wie auf orthodoxer

Seite zu Unklarheiten, Interpretationen und Legenden hinsichtlich territorialer und ethnischer Zugehörigkeiten geführt hat, auf die sich manche nationale Historiker noch heute gern berufen. So hat sich laut Bremer „auch die katholische Kirche in eine enge Bindung an die jeweilige Nation begeben“. Wie für die Orthodoxie so habe auch für die katholische Kirche die nationale Befreiung symbolhafte und sinnstiftende Bedeutung, „da die meisten der katholisch geprägten südosteuropäischen Nationen lange Zeit unter türkischer bzw. auch unter österreichischer Fremdherrschaft gelebt haben“. In diesem Sinne sei auch die katholische Kirche in der Region als Bewahrerin der nationalen Identität aufgetreten, was dem Klerus auch vielfach großen politischen Einfluss verschaffte und gelegentlich auch zu nationalistischen Verirrungen führte, wie die Nähe zu faschistischen Regimes in Kroatien, Ungarn und der Slowakei.

Identitätsmerkmal

Mancher der „religiös eingestimmten“ Zuhörer mag nicht erwartet haben, dass Bremer auch auf die häufig übersehenen, aber zahlenmäßig nicht unbedeutende Gruppe jener Menschen hinwies, die sich zu keiner Religion bekennen, sei es in der Folge der kommunistischen Anti-Religionspropaganda und -politik, sei es unter dem Einfluss moderner Säkularisierung. Zu denken gebe aber, dass aufgrund der zwischen-nationalen Spannungen und der Bedeutung von Religion für das nationale Bewusstsein auch von diesen a-religiösen Menschen Religion zunehmend als ethnisch-nationales Identitätsmerkmal benutzt werde.

In seinem Schlusswort gab Tagungsleiter Martin Held seiner Hoffnung Ausdruck, dass alle im Verlauf der Konferenz geäußerten Bekundungen nach friedlichem Zusammenleben und gegenseitiger Achtung der verschiedenen Religionen sich auf alle Menschen und Staaten der Region Südosteuropa erstrecken mögen. ■

Dietrich Schlegel

Im Akademiearchiv gestöbert:

Politische Bildung für die Bundeswehr

Franz Josef Strauß als Minister zu Gast in Tutzing

Wir schreiben das Jahr 1962: Auf Einladung des Kommandos der Schulen der Luftwaffe besichtigen im April 20 (von damals 27) Beschäftigte der Akademie den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck.

Der damals noch junge Kontakt zum Kommando der Schulen der Luftwaffe sollte durch diesen Besuch vertieft werden. Erstmals war von der Akademie im April 1961 ein mehrtägiges Seminar für Offiziere der Luftwaffe mit der Absicht veranstaltet worden, „Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildungsarbeit in der Truppe zu erkunden“. Nach einem systematischen Überblick über die materiellen und ideellen Grundlagen unserer politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Dozenten der Akademie, waren als Gastreferenten der Nationalökonom und Soziologe Alexander Rüstow und Hans Schuster von der Süddeutschen Zeitung aufgetreten.

Einen halben Tag lang beteiligte sich auch der damalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß mit aktivem Interesse an der Arbeit des Seminars.

Sechs weitere Veranstaltungen in Kooperation mit dem Kommando der



Die Akademie geht in die Luft: Mitarbeiter zu Besuch auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck
Foto: Privatarchiv R. Baumgärtner

Schulen der Luftwaffe, auch in Hamburg und Rendsburg, schlossen sich an. Infolge der Neuverteilung der Aufgaben innerhalb des Luftwaffenamtes bekam es die Akademie ab Juli 1963 mit einem neuen Partner im Fliegerhorst Fürstenfeldbruck zu tun – der Inspektion Erziehungs- und Bildungswesen in der Luftwaffe. Gleichzeitig

erweiterte die Akademie die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr auf weitere Standorte und Truppengattungen und bezog auch Unteroffiziere und Mannschaften in ihre Seminare ein.

Bis heute ist die „Politische Bildung in der Bundeswehr“ ein wesentliches Tätigkeitsfeld unserer Akademie geblieben. ■

Steffen H. Elsner

Neue Kunstausstellung

„Verfassungsgebende Versammlung“, von Petra Scherzer-Gemeinhardt oder „Quellen der Weisheit“ und „Pädagogischer Eros“ von Christine Rieck-Sonntag – mit solchen Titeln fühlte sich Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bei seiner Begrüßungsrede deutlich mehr in seinem Metier als bei „Voodoo“ oder „Ekstase“.

„Metalldings“ nannte die Gedok-Vorsitzende Daniela Eiden eines der Werke in den Gängen zu den Hörsälen – „das hätte ich mich nie getraut“, entschlüpfte es Oberreuter.

Seit 18 Jahren nun stellen die GEDOK-Künstlerinnen in den Räumen der Akademie bereits aus. GEDOK ist die „Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde e.V.“. Und die „GEDOK-Damen“, auch wenn sie in den Tagen der Bilder-Umhängung kreative Unruhe ins gediegene Akademieleben bringen – setzen mit ihrer Kunst der Sachlichkeit des Hauses ein Stück Vitalität und künstlerische Energie entgegen. Die sehr gut besuchte Vernissage im Foyer der Akademie wurde musikalisch umrahmt von dem „Münchner Flötenduo“ Elisabeth Weinzierl und Edmund Wächter. ■ KS



Gruppenbild mit Herr bei der Vernissage: Angelika Schulz, Daniela Eiden, Heinrich Oberreuter, Ulrike Prusseit und Eva Kollmar (von links)

Im Spiegel der Akademiegeschichte:

Dolf Sternbergers „Verfassungspatriotismus“ Ein Begriff machte Karriere

In ihrer 50-jährigen Geschichte war die Akademie für Politische Bildung nicht nur Tagungs- und Fortbildungsstätte, sondern wiederholte auch Schauplatz, Impuls- oder Stichwortgeber großer öffentlicher Debatten. Eine davon ist zweifellos die Diskussion um den Begriff „Verfassungspatriotismus“, den Dolf Sternberger unter anderem in seiner Rede zum 25-jährigen Bestehen der Akademie geprägt hat. Anders als später bei Jürgen Habermas, der den Terminus zu Beginn des Historikerstreits ebenfalls propagierte, war die Reaktion auf Sternbergers Wortschöpfung fast ausnahmslos positiv. Wie die Akademie hätte auch Sternberger in diesem Jahr einen runden Geburtstag gefeiert. Am 28. Juli 2007 wäre der Publizist und Politikwissenschaftler 100 Jahre alt geworden.

Am 23. Mai 1979 veröffentlichte Dolf Sternberger in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Leitartikel, der den kurzen und prägnanten Titel trägt: „Verfassungspatriotismus“. Anlass ist der 30. Jahrestag der Verkündigung des Grundgesetzes – und so enthält der Beitrag vor allem eine Würdigung der bundesrepublikanischen Verfassung. Nicht der bloßen, nüchternen Rechtsnormen freilich, sondern der „lebenden Verfassung“. Angesichts der deutschen Teilung schreibt Sternberger: „Das Nationalgefühl bleibt verwundet, wir leben nicht im ganzen Deutschland. Aber wir leben in einer ganzen Verfassung, in einem ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art von Vaterland“.

Nun sind Zeitungsbeiträge eher Alltagskost – der Begriff aber machte Karriere. Wenngleich er nicht zum Schlagwort taugte, so begleitete er doch eine ganze Reihe bedeutender Kontroversen der zurückliegenden Jahrzehnte und etablierte sich als feste Kategorie im politisch-kulturellen Vokabular der Bundesrepublik. Im so genannten „Historikerstreit“ war er ebenso präsent wie in der Verfas-



Der Publizist und Politikwissenschaftler Dolf Sternberger wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden

© Dolf-Sternberger-Gesellschaft

sungsdebatte der deutschen Wiedervereinigung. Gleichermaßen gilt für die Auseinandersetzungen um eine „deutsche Leitkultur“ oder die Diskussionen rund um den europäischen Verfassungsprozess. Die Internet-Suchmaschine Google findet heute weit über 32.000 Einträge zum betreffenden Suchwort.

* Für die vorliegende Print-Ausgabe wurde der Beitrag um die entsprechenden Nachweise und Fußnoten gekürzt. Eine ausführlichere Version einschließlich einer Literaturliste ist voraussichtlich ab Februar 2008 im pdf-Format auf der neu gestalteten Website der Akademie (www.apb-tutzing.de) abrufbar.

Lange Karenzzeit

Die Verbindung von Vaterlandsliebe und Republik hat Sternberger bereits 1947 als eine notwendige postuliert: „Es gibt kein Vaterland in der Despotie“. Auch das Wort „Verfassungspatriotismus“ ist von ihm schon wesentlich früher benutzt worden, nämlich bereits in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 27. Januar 1970. Aber erst mit dem FAZ-Artikel aus dem Jahr 1979 erreicht der Ausdruck tatsächlich die Öffentlichkeit. Die lange Karenzzeit hat ihre Ursache wohl auch darin, dass Sternberger die Vokabel erst nachträglich näher zu bestimmen versuchte. Selbst dem Zeitungsbeitrag von 1979 fehlt noch jedes Bemühen um begriffliche Präzisierung. Der Begriff „Verfassungspatriotismus“ ist also – soviel vorweg – nicht in Tutzing oder bei einer Akademieveranstaltung geboren worden. Gleichwohl war es die Festrede aus Anlass des 25jährigen Akademiejubiläums, bei der die Begriffsbildung ihre weithin gültige Bestimmung und auch die ausführlichste Bearbeitung durch Sternberger erfahren hat. Zum Vergleich: Während der FAZ-Artikel von 1979 in Sternbergers Schriftenedition nur gut drei Seiten füllt, umfasst die Akademie-Festrede immerhin 15 Druckseiten. Der zentrale Status der Ansprache dokumentiert sich auch darin, dass fast die gesamte Forschungsliteratur für die Interpretation von Sternbergers „Verfassungspatriotismus“ auf seine dort enthaltenen Begriffsexplikationen zurückgreift.

Ungewöhnlich für die späteren Debatten und Missverständnisse ist zweifellos die Tatsache, dass der Urheber für seine Wortschöpfung sogar von einer Art Selbstevidenz des Begriffs überzeugt war. Er hielt „Verfassungspatriotismus“ für einen Ausdruck, der sich im Grunde selbst erklärt. Die Festansprache eröffnet er mit den Sätzen:

„Es ist ein einziges Wort, das den Titel dieser Rede bildet. (...) Dieses eine Wort ‚Verfassungspatriotismus‘ enthält eigentlich schon alles, was ich zu sagen habe.“ Der Kerngedanke, den Sternberger im Fortgang der Feierstunde näher ausführte, ist denkbar einfach: Zustimmung erwächst der staatlichen Ordnung nicht schon aufgrund einer geschichtlich gewachsenen Schicksals- und Erlebnisgemeinschaft. Wirkliches Identitätsgefühl vermag allein die gemeinsame Wahrnehmung von Freiheits- und Partizipationsrechten zu stiften. Ein modernes Gemeinwesen wie die Bundesrepublik wird in erster Linie zusammengehalten durch den rationalen Willen der Bürger, dazu zu gehören und mitzumachen. Staatliche

der turbulenten Dekade im Anschluss an das Jahr 1968 galt der Begriff als geradezu „geniale“ Erfindung, um das komplizierte Staatsverständnis der (Bundes-) Deutschen auf eine griffige Formel zu bringen und zugleich einen partei- wie generationenübergreifenden Grundkonsens zur demokratischen Ordnung zu betiteln. Zustimmung erhielt Sternberger unter anderem von Karl-Dietrich Bracher, Alexander Schwan oder Iring Fetscher.

Auch bundespräsidiale Weihen schlossen sich an, Richard von Weizsäcker urteilte: „Die Frage wird auf den Begriff gebracht, und zwar so prägnant, dass mit der Überschrift bereits die Antwort gegeben wird: Verfassungspa-

zwar auf die gemeinsame Tradition europäischer Konstitutionalisierungsprozesse berufen konnte, andererseits aber seine Gegner auf den Plan rief: Viele sahen darin den Versuch, den Begriff in Stellung zu bringen, gegen jede Form national-kultureller Identität.

Das „Vaterland“, so der Vorwurf, sollte gewissermaßen durch die „Verfassung“ substituiert werden. Der Begriff geriet in den Strudel einer polemisch geführten Debatte und fand sich plötzlich in der Arena einer hochgradig ideologisch aufgeladenen Auseinandersetzung wieder. Nicht nur aus Sicht konservativer und nationalpatriotischer Kreise galt „Verfassungspatriotismus“ gleichsam als Projekt einer multikulturellen und postnationalen Linken. Gegen Habermas wurde argumentiert, dass eine gemeinsame Rechtsordnung nicht ohne nationalstaatliche Identität zu haben sei. Auf die Bezeichnung prasselten regelrechte Salven der Kritik hernieder, die sich nun fast ausschließlich auf Habermas‘ Begriffsverständnis konzentrierten: Für Karl-Rudolf Korte ist der „Verfassungspatriotismus“ ein „emotional armes, rationales Konstrukt, das offenbar mit gefühlsbetontem Engagement wenig verbindet“, Hermann Lübbe nannte ihn ein „ätherisches Gebilde“ und Hans-Peter Schwarz fand die Formel: „dünnblütige, wenn auch wohlmeinende Professorenfiktion“, kurzum eine „Kopfgeburt“ (Ralf Dahrendorf).

Nun hat die besondere Diskurslage im Gefolge des Historikerstreits der Kontroverse gewiss eine zusätzliche Giftigkeit und Schärfe verliehen. Zumindest die Einschätzung, Habermas habe den Verfassungspatriotismus zum „Kampfbegriff“ umfunktioniert oder „Sternbergers Intention ins Gegenteil verkehrt“, scheinen deutlich überzogen. Die Unterschiede zwischen Sternberger und Habermas sind keineswegs so groß, wie sie zum Teil inszeniert wurden. Auch Habermas begründete sein Konzept vor allem historisch und verwies darauf, dass im 19. Jahrhundert Elemente des Republikanismus und Nationalismus fusioniert waren. Mit der abnehmenden Bedeutung des Nationalstaates biete sich nunmehr auch die Möglichkeit, den Begriff für den europäischen Einigungs- und Verfassungsprozess fruchtbar zu machen.



Dolf Sternberger im Landtag bei seiner Festrede aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Akademie
Foto: Archiv Baumgärtner

Einheit ruht deshalb hauptsächlich auf der Symbolkraft einer Verfassung, die diese Rechte und Freiheiten garantiert.

Der Begriff besitzt bei Sternberger eine ebenso deskriptive wie normative Bedeutung. Das allmähliche Ausprägen der Verfassung zum entscheidenden Kristallisierungspunkt des soziopolitischen Gefüges der Bundesrepublik beschreibt Sternberger einerseits als empirischen Sachverhalt. Andererseits ist das Konzept alles andere als wertfrei. Es ruht auf der Überzeugung, dass im Horizont der neuzeitlichen Erfahrungen die freiheitlich-demokratische Grundordnung die einzige angemessene Ordnungsform ist, die der Fähigkeit des Menschen zu bürgerschaftlicher Selbstregierung Rechnung trägt. Nach

triotismus. Dolf Sternberger hat sich damit ein hohes Verdienst erworben.“ Im Angesicht der 40-jährigen verfassungsstaatlichen Geschichte der Bundesrepublik, so Weizsäcker weiter, formuliere die Begriffsverbindung „die Selbstverständlichkeit einer Wahrheit“. Doch mit dem über weite Teile der deutschen Öffentlichkeit geteilten Konsens war es alsbald vorbei. Habermas erklärte zu Beginn des „Historikerstreits“, der sich vor allem an Ernst Noltes These vom Vorbild der bolschewistischen Vernichtungsprogramme für die NS-Rassenideologie entzündet hatte: „Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist der Verfassungspatriotismus“. Damit gab Habermas dem Begriff eine postnationale Wendung, die sich einerseits

Hierin wäre Sternberger, der sich im Historikerstreit nicht mehr explizit zu Wort meldete, Habermas zwar nicht gefolgt. Doch auch Sternberger hatte auf die historischen Wurzeln des Patriotismus hingewiesen und betont, dass dieser älter und ursprünglicher sei als der Nationalismus oder die Nationalstaatsbildung in Europa. Mit der Situation, dass sein „Verfassungspatriotismus“ nun weitgehend als Gegenbegriff zum „Nationalpatriotismus“ fungierte, war Sternberger allerdings mitnichten einverstanden. Er habe keinen Ersatz für nationalen Patriotismus liefern wollen: „Vielmehr wollte ich darauf aufmerksam machen, dass Patriotismus in einer europäischen Haupttradition schon immer wesentlich etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungspatriotismus gewesen ist – und freilich auch, dass er es heute in Deutschland noch und wieder sein könnte“.

Richtschnur

Die Frontstellung aber blieb auch über die deutsche Wiedervereinigung hinaus bestehen und das teilweise sogar in verstärktem Maße. Nach Vollendung der nationalen Einheit betrachteten viele Kommentatoren den „Kompromisscharakter“ und „Notbehelf“ eines Verfassungspatriotismus für obsolet. Der Augenblick schien gekommen, das rationale Konstrukt endgültig durch ein mehr emotionales, in der deutschen Geschichte und Tradition verankertes Nationalbewusstsein zu ersetzen. Von einem irreführenden „Schein-Konzept“ ist daher nach wie vor bei Rupert Scholz die Rede. Josef Isensee spricht von einer „dünnen Abstraktion“, die nicht geeignet ist, zu erklären, „warum ein Volk in guten und schlechten Tagen zusammenhalten“ soll. Peter Molt resümiert allerdings: „Der Gehalt des Verfassungspatriotismus, wie er von Dolf Sternberger definiert wurde, ist trotz seiner sperrigen und interpretationsbedürftigen Bezeichnung geeignet, auch weiterhin Orientierung für den inneren Frieden und Zusammenhalt im geeinten Deutschland sowie für die Zukunft der Europäischen Union zu geben und als Richtschnur für das nationale Selbstverständnis der Deutschen zu dienen.“

Biographie Dolf Sternberger

Am 28. Juli 1907 wird Dolf Sternberger, der eigentlich Adolf Sternberger heißt, in Wiesbaden geboren. Nach dem Abitur geht er zunächst nach Kiel, belegt dort Theaterwissenschaft, verlässt aber bereits nach einem Semester die Universität wieder, um in Frankfurt Germanistik und Kunstgeschichte zu studieren. 1927 wechselt er nach Heidelberg, lernt Karl Jaspers und Hannah Arendt kennen, und promoviert – nach einer Zwischenstation bei Martin Heidegger in Freiburg – schließlich 1932 in Frankfurt bei Paul Tillich. Die Arbeit erscheint 1934 unter dem Titel: *Der verstandene Tod. Eine Untersuchung zu Martin Heideggers Existenzialontologie*. Im gleichen Jahr nimmt Sternberger eine Stelle als Redakteur im Bildungsressort der *Frankfurter Zeitung* an, 1943 erhält er Berufsverbot. Den Anfechtungen im Nationalsozialismus hat er stets widerstanden. Seine aus jüdischer Familie stammende Frau Ilse muss er bis Kriegsende vor den braunen Schergen verstecken. Ab Oktober 1945 gibt er zusammen mit Karl Jaspers, Alfred Weber und Werner Kraus die Zeitschrift *Die Wandlung* heraus, eine viel beachtete Stimme zum geistigen Wiederaufbau Deutschlands. Von 1950 bis 1958 engagiert er sich als Mitherausgeber bei der zweiwöchig erscheinende Zeitschrift *Die Gegenwart*. Von 1949 bis zu seinem Tod schreibt Sternberger zudem für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hauptsächlich Essays und Leitglossen und nimmt regelmäßig an den großen Redaktionskonferenzen teil. Auch im Radio ist Sternberger zu hören. Zwanzig Jahre lang (1946–1966) spricht er politische Kommentare für den Hes-

sischen Rundfunk. Schon 1946 propagiert er – als Erster überhaupt – die Einführung des Faches Politikwissenschaft an deutschen Universitäten. Er erhält 1947 einen Lehrauftrag in Heidelberg und zählt damit neben Otto Suhr, Ernst Fraenkel, Theodor Eschenburg oder Arnold Bergstraesser zu den Gründungsvätern der Zunft. Er ruft 1960 als Mitglied des Herausgeberremiums die *Politische Vierteljahrsschrift* (PVS) ins Leben, das offizielle Periodikum der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), als deren Vorsitzender Sternberger zudem zwischen 1961 und 1963 amtiert. Seine Antrittsvorlesung als Ordinarius im November 1960 spiegelt Sternbergers Politikbegriff wider: In erklärter Gegnerschaft zu Carl Schmitt, die einer „zum Ekel gesteigerten Aversion“ gleichkam (G. Nonnenmacher), postuliert er: „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist Frieden.“ Dieser Grundzug findet sich auch in seinem Hauptwerk *Drei Wurzeln der Politik*: Nicht die „dämonologische“ Figur des machiavellistischen Herrschertypus oder die „eschatologische“ Variante des augustinischen Gottesstaates, sondern die „politologische“ Wurzel der aristotelischen Bürgerschaft hebt Sternberger auf den Schild. Aristoteles *Politik* gilt ihm zeitlebens als „das Grundbuch der abendländischen Staatslehre“. In einer gesammelten Schriftenedition, die zwischen 1977 und 1991 in insgesamt 12 Bänden erscheint, sind seine wichtigsten Arbeiten zugänglich. Am 27. Juli 1989, nur einen Tag vor seinem 82. Geburtstag, stirbt Sternberger in Frankfurt. TS

Sternberger im Internet: <http://www.dolf-sternberger.de>

Trotz aller berechtigten Kritik, weil der Verfassungspatriotismus, zumal in Gestalt des vergleichsweise jungen Grundgesetzes, gewiss in seinen Bindegkräften überfordert scheint, um alle historischen, ethnischen und kulturellen Gemeinschaftsstrukturen zu symbolisieren, gilt andererseits, dass auch der „Nationalpatriotismus“ keine zwingend notwendige Voraussetzung

für den demokratischen Prozess im Verfassungsstaat ist. Insofern mag der Begriff auch weiterhin als durchaus diskussionswürdige, ja fruchtbare Formel gelten, nicht zuletzt für den Schwerpunkt, den sich die Akademie in ihrem Jubiläumsjahr gesetzt hat, für die Frage nämlich, was die Gesellschaft eigentlich zusammenhält. ■

Thomas Schölderle



Heinrich Oberreuter (Hrsg.):

**Politische Bildung im Wandel der Zeit
50 Jahre Akademie für Politische Bildung**

544 S., Olzog Verlag München 2007

Internet: <http://www.olzog.de>

ISBN: 978-3-7892-8222-5

Die Akademie für Politische Bildung in Tutzing blickt auf 50 Jahre ihres Bestehens zurück. Aus diesem Anlass reflektieren ehemalige und aktive Mitarbeiter über die Aufbauphase der Akademie, ihre Arbeit und über Themen politischer Bildung im Wandel der Zeit zwischen wissenschaftlicher Analyse und Vermittlung in die Gesellschaft.

Der Inhalt:

- Gründung und Formierung der Akademie
- Wandel als Herausforderung
- Themenfelder
- Politik und Wissenschaft
- Herausforderungen und Zukunftsperspektiven

Daraus entsteht eine lebendige Bilanz der Geschichte und Gegenwart, aber auch ein Blick auf die Zukunft politischer Bildung.

Deutschland hat sich verändert. In Ost und West ist nichts geblieben wie es war. Die Deutschen schwanken zwischen Erniedrigung und Zukunftshoffnung.

Was uns im Rausch des Mauerfalls zuzufliegen schien, erweist sich inzwischen als Generationenaufgabe. Denn der Systemwechsel von der Zentralverwaltungswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft verlief komplizierter als gedacht. Der Traum von einem zweiten Wirtschaftswunder durch Milliarden-Transfers ist durch die zunehmende Arbeitslosigkeit zerstoben. Im Westen wird die finanzielle Belastung durch die Einheit beklagt, im Osten ist die allgemeine Stimmungslage durch Enttäuschung und nostalgische Tendenzen und Verklärungen gekennzeichnet. Übersehen wird dabei nicht selten das zwangsläufige Versagen des Mauerstaates DDR, das die wichtigste Ursache für die Entwicklung im Osten war. ...

Hingegen dominiert in den zeitdiagnostischen Analysen, die weitgehend das Bild der Öffentlichkeit bestimmen, die eher düstere Botschaft der ökonomischen Perspektive und hat Kassandra Konjunktur. Der öffentliche Diskurs über Fehlentwicklungen und Versäumnisse im Einigungsprozess hat die Akademie für Politische Bildung Tutzing veranlasst, eine Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit vorzulegen. Namhafte

Autoren befassen sich in dem vom Historiker und Politologen Jürgen Weber 2006 herausgegebenen Sammelband im Olzog Verlag mit allen Aspekten des Wie-

Jürgen Weber (Hrsg.)
**Illusionen, Realitäten, Erfolge
Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit.**
Olzog Verlag München 2006
304 Seiten, 19,90 Euro

dervereinigungsprozesses der letzten Jahre. Ihre Beiträge sind auch für den Kundigen informativ und glänzen durch überzeugende Analysen. Empirische Untersuchungen, statistische Daten und Umfragedaten erhöhen den Informationswert. ...

Die neue Publikation aus Tutzing, die die stattliche Reihe der Sammelbände von bundesweit beachteten Tagungsergebnissen der Akademie für Politische Bildung inhaltlich und aktualisiert fortsetzt, ist für jeden, dem die innere Einheit nicht gleichgültig ist, ein ebenso breit gefächertes wie wissenschaftlich fundiertes Angebot, eine realistische und ehrliche Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit, die die strafrechtliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts (Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, Berlin), die Kritik am Aufbau Ost (Ulrich Heilemann, Leipzig), die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu den östlichen Nachbarländern (Wolfgang Quaisser, Tutzing) und Gunther Hellmanns Analyse mit Umfragedaten zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik „Europäisches Deutschland oder deutsches Europa?“ einbezieht. Der Sammelband ist ein wichtiger Beitrag für die politische und staatsbürgerliche Bildung. Sachbuch und spannende Lektüre schließen hier einander nicht aus.

Hans-Jürgen Grasemann in: RECHT UND POLITIK, Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, 3. Jg. 3. Quartal 2007

Werner J. Patzelt / Martin Sebaldt / Uwe Kranenpohl (Hrsg.)
unter Mitarbeit von Henrik Gast, Tobias Nerb und Benjamin Zeitler:

Res Publica semper reformanda

Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls

Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag

665 S., VS Verlag für Sozialwissenschaften

GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

ISBN: 978-3-531-15393-3

Die zeitgenössischen Geistes- und Sozialwissenschaften sind mehrheitlich dem empirischen Paradigma verschrieben: Ziel wissenschaftlicher Arbeit ist die distanzierte, empirisch-analytische Erklärung von Sachverhalten, nicht aber die aktive Mitgestaltung der politischen Praxis. Die Beiträge dieses Sammelbandes setzen hier einen Kontrapunkt, indem sie das normative Postulat wissenschaftlichen Arbeitens deutlicher in den Mittelpunkt rücken und sozialwissenschaftliche Analyse im Sinne einer gemeinwohlorientierten „Demokratiewissenschaft“ wieder stärker in den Dienst der praktisch-politischen Gestaltung unseres Gemeinwesens stellen. Rund 40 Beiträge aus verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen präsentieren fachübergreifende Analysen zu den Herausforderungen der Demokratie in Geschichte und Gegenwart: Historische Untersuchungen zum Kampf der demokratischen Bewegung gegen den Totalitarismus gehören hierzu ebenso wie aktuelle Zeitdiagnosen zu den Reformerfordernissen alternierender Repräsentativsysteme im Zeitalter der Europäischen Integration, der Erosion traditioneller Staatlichkeit und der Entwicklung einer postmo-



dernen Massengesellschaft. „Res publica semper reformanda“ kann einer revitalisierten normativen Geistes- und Sozialwissenschaft als Motto dienen und ist zugleich als Wink an die politische Praxis zu verstehen, das demokratische Gemeinwesen permanent den aktuellen Herausforderungen anzupassen.

Jürgen Weber (Hrsg.)
Illusionen, Realitäten, Erfolge
Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit.

... Das Buch verdankt seine Entstehung einer wissenschaftlichen Tagung an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing im Jahre 2005 und der bewährten Federführung von Dr. Jürgen Weber, der auch die Einleitung schrieb. Neun Autoren kommen zu Wort, einige mit ihren überarbeiteten und aktualisierten Redebeiträgen, andere, um das Thema abzurunden. In seinem Vorwort beschreibt Prof. Heinrich Oberreuter gegenwärtige Befindlichkeiten, weist auf „nostalgische

Tendenzen und Verklärungen im Osten“ und „mentale Verhärtungen im Westen“ hin und plädiert für eine Auseinandersetzung in einer ehrlichen Zwischenbilanz. Eine solche kann man dem Buch bescheinigen. ...

Alles in allem ein Buch, das auch in Schulbibliotheken keinen Staub ansetzen sollte.

Baldur Haase in:
FORUM POLITIKUNTERRICHT 2/07

Volker Lilienthal in epd medien Nr. 79 vom 6. Oktober 2007:

Integration als Auftrag

.. Der Bedarf an Integration ist hoch, die Nachfrage aber leider nicht. Wo immer Fernseh- und andere Medienmacher ihrem Publikum heute sortenreine Politik anbieten, ohne Beimischung von Entertainment, machen sie die Erfahrung eines leichthin „Zapping“ genannten Fluchtverhaltens. Viele Staatsbürger, die es doch angeht, wenden sich ab von ihrer Republik und deren Ritualen, von Wahlen und Parteien, und nutzen die Medien weniger als Aufklärungs- und Kritikinstanz denn als Ablenkungsmittel ihres Alltags.

Es ist der Politischen Akademie Tutzing zu danken, dass sie den Integrationsauftrag wieder auf die Tagesordnung des öffentlichen Nachdenkens gesetzt hat. Zur Frage, ob und wie Medien noch „Kitt der Gesellschaft“ sein können – was aber nicht restaurativ missverstanden werden sollte – oder ob die Fliehkräfte, die Tendenzen des Auseinanderdriftens nicht längst stärker sind, argumentierten vom 28. bis 29. September am Starnberger See zehn Referenten und Diskutanten vor einem Publikum aus Lehrern, Erwachsenenbildern, Multiplikatoren und politisch Interessierten (Meldungen in epd 78/07). Aus dieser Tagung (unter Leitung von Akademie-Referent Michael Schröder) dokumentiert epd medien eine Auswahl von vier herausragenden Beiträgen.

Als die Tutzinger Rede verdient die von Thomas Morawski in die Rundfunkgeschichte einzugehen. Obwohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk idealerweise ein herrschaftsfreier Raum sein sollte, in dem freie Selbstkritik ohne Furcht vor Sanktionen eine gute Übung der Selbstoptimierung wäre, erlebt man Morawskis Bekennermut zu selten.

Deutliche Kritik am eigenen Handwerk und an den Arbeitsresultaten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird zu häufig als „Nestbeschmutzung“ missverstanden und mit internen Aufforderungen zur „Stellungnahme“ quittiert. Dietrich Schwarzkopf, der nun 80-jährige ehemalige Programmchef des Ersten, sprach in Tutzing klar und präzise wie stets über die Schwierigkeiten und Notwendigkeiten, einen Programmauftrag „zwischen Anspruch und Akzeptanz“ in ein reichweitenstarkes Fernsehprogramm umzusetzen. Als Vorsitzender der Historischen Kommission der ARD beobachtet Schwarzkopf das Heute aus – wenn auch *engagiertem* – Abstand.

Andreas Bönte hingegen hat als Chefplaner des Bayerischen Fernsehens permanent die Aufgabe, zwischen den Ambitionen von Journalisten und Re-

epd in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 1. Oktober 2007:

Der ARD-Korrespondent Thomas Morawski hat auf einer Tagung der Akademie in Tutzing beklagt, das Erste habe sich bei der Brandkatastrophe in Griechenland eine „journalistische Blamage“ geleistet. Die Waldbrände hätten die ARD unvorbereitet getroffen, weil in Griechenland kein fester Korrespondent mehr unterhalten werde. Zu spät seien Reporter losgeschickt worden, die sich zu wenig auskannen. Selbstkritik habe es kaum gegeben, auch die Medienkritik habe geschwiegen.

daktionen einerseits und den Erwartungen eines (hier: spezifisch bayerischen) Publikums andererseits einen stets heiklen Interessenausgleich herzustellen. Eine leichte Aufgabe ist das nicht. ...

Volker Lilienthal in epd medien Nr. 78 vom 3. Oktober 2007:

... Die Parlamentskorrespondentin des Berliner „Tagesspiegels“, Tissy Bruns, sieht das „eigentliche Drama“ der heutigen Medienentwicklung in der „Jagd nach Masse“. Alle wollten nur noch Mehrheiten ansprechen, obwohl es immer so gewesen sei, dass sich für Demokratie und Gesellschaft nur kleine, besonders interessierte und engagierte Bevölkerungsgruppen interessiert hätten. Deren Medienbedürfnisse würden aber frustriert, wenn auch die politische Berichterstattung zu Oberflächlichkeit und Unterhaltung tendiere, sagte Bruns, Autorin des Buches „Republik der Wichtigster“ (Herder-Verlag), auf der Tutzinger Akademietagung zum Thema „Medien – Kitt der Gesellschaft?“.

Brunns sieht die Medien in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft wieder bereit sei, „die Demokratie wertzuschätzen“. Der frühere Chefredakteur des ehemaligen Senders Freies Berlin, Jürgen Engert, verwies auf Spartendzenen bei der privatwirtschaftlichen Presse, die guten Journalismus erschwerten. „Der Personalabbau geht ans Eingemachte“, sagte Engert, der auch Gründungsdirektor des ARD-Hauptstadtstudios war. Zwar sei die finanzielle und personelle Lage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks „komfortabler“. Gefahren für die journalistische Qualität gebe es aber auch bei ARD und ZDF.

(Siehe Bericht Seite 3)

Gerhard Summer berichtet in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 8. Oktober 2007:

Ude warnt vor Ausverkauf städtischer Betriebe

„Öffentliche Aufgaben müssen mit öffentlichen Geldern gelöst werden.“ Der Münchener Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städteverbands, Christian Ude, hat am letzten Wiesnwochenende 2007 bei einem Auftritt in Tutzing eindringlich vor dem Ausverkauf kommunaler Unternehmen gewarnt. Die Veräußerung städtischer Wohnungen in Dresden sei ein „Sündenfall“, sagte er. Auch der Versuch, die Trinkwasserversorgung und die U-Bahn in London zu privatisieren, „ist restlos gescheitert“. Denn im Gegensatz zu städtischen Betrieben zielen Privatkonzerne und Anlagefonds einzig auf Gewinnmaximierung und Steuervermeidung ab.

Was die finanzielle Situation der deutschen Städte und Gemeinden betrifft, so ist es dem Münchener OB zufolge

noch zu früh, Entwarnung zu geben. Richtig sei zwar, dass es den Kommunen besser gehe als in den Krisenjahren 2002 und 2003, sagte Ude in seinem Vortrag zu dem Seminar „Zukunftsstaat – Staatszukunft“ in der Politischen Akademie Tutzing.

Aber viele Städte in strukturschwachen Gebieten, und zwar nicht nur in Ostdeutschland, müssten immer noch Kassenkredite aufnehmen, um ihre Pflichten erfüllen zu können. die Summe dieser Verbindlichkeiten beläuft sich auf 29 Milliarden Euro. Außerdem kämen neue und teure Aufgaben auf die Kommunen zu, sei es die Betreuung von Kindern unter drei Jahren oder die Integration ausländischer Bürger. Wobei es „Jahrzehnte gedauert hat, bis die Konservativen zugegeben haben, dass es Zuwanderung gibt.“

In seinem Plädoyer für die kommunale Selbstverwaltung („die Menschen erwarten mehr vom Staat – und nicht weniger“) ging der 59-Jährige auch auf die Bedrohung von Stadtwerken oder Verkehrsverbund ein.

So hätte die europäische Kommission mit der zuerst vorgesehenen Zwangstrennung von Netz, Erzeugung und Vertrieb die „vier Elefanten des Stromgeschäfts“ in die Schranken weisen wollen, die „Deutschland fast in vier Besatzungszonen aufgeteilt haben“. Doch die Pläne hätten auch die Stadtwerke „tödlich getroffen, die ja vom Netz leben“, sagte Ude. Dabei garantierten kommunale Unternehmen wie dieses hohe Investitionen, etwa in erneuerbare Energien, wie sie private Konzerne nie unternehmen würden. Denn derlei Projekte würden über Jahrzehnte keine Gewinne abwerfen.

(Siehe Bericht Seite 13)

Geschätzte Unabhängigkeit

Gerhard Summer in der Starnberger SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 21. September 2007:

Pythia saß angeblich auf einem Dreifuß über einer Erdspalte, der Politologe Heinrich Oberreuter hat's bequemer. Er kann in Tutzing zwischen einem schwarzen Bürostuhl und einer weißen Ledercouch wählen; beide stehen in einem Chaos aus Papier, das der Chef allerdings mit an der CSU geschultem Scharfblick zu durchschauen vermag. Im Gegensatz zur Seherin von Delphi muss man den Analysten Oberreuter auch nicht groß interpretieren. Der Professor mag's klar. Und weil er weiß, wovon er redet, ist er bei Journalisten aus ganz Deutschland ... zur Instanz geworden. ...

Helmut Rücker in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 21. September 2007:

... Wie kaum ein anderer versteht Oberreuter es, trotz seiner Nähe zur CSU den Politikern und Parteien ungeschminkt die Auswirkungen ihres Verhaltens zu vergegenwärtigen. Er verklausuliert nicht, sondern bringt seine Kritik mit verständlichen, klaren Worten schnell auf den Punkt. Das macht ihn nicht nur bei den Medien beliebt, sondern auch bei allen politischen Parteien. Die Fraktionen im Bayerischen wie im Sächsischen Landtag schätzen seine Unabhängigkeit und laden ihn immer wieder ein, damit er ihnen sagt, was Sache ist. Seine süffisante Ironie schlägt im kleinen Kreis dann schon mal in Zynismus um. ...

MÜNCHNER MERKUR vom 24. September 2007:

... Landtagspräsident Alois Glück lobte Oberreuters Art, der Politik nicht nach dem Mund zu reden: „Das muss man erst einmal wagen“, sagte Glück. Akademie-Gründer Hans-Jochen Vogel stellte das Engagement Oberreuters für die Bildung eines Wertekanons heraus.

Die Mannschaft der Akademie schenkte ihrem Chef ein Fernrohr „für weitere so gute Fernsicht“. Dieser bedankte sich in seiner Rede und wünschte sich, dass die Politik nicht ins Oberflächliche und Orientierungslose gezogen wird.

(Siehe Bericht Seite 15)

Rainer Hajeck in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 5. Juli 2007:

Soziale Marktwirtschaft im globalen Wettbewerb Segen oder Pakt mit dem Teufel?

... Dass die Globalisierung zwar die Wirtschaftselite beflogt, den großen Rest der Nation aber in Zweifel, wenn nicht in Depressionen stürzt, machte auch der Politologe Gero Neugebauer von der Freien Universität Berlin deutlich – wobei das heitere Naturell des Referenten in stupendum Gegensatz zur Düsternis seiner Botschaft stand.

63 Prozent der Deutschen verspürten Angst, 52 Prozent seien orientierungslos, 46 Prozent empfanden ihr Leben als ständigen Kampf, 49 Prozent bangten um ihren Lebensstandard, 39 Prozent fürchteten sich vor Altersarmut.

Hysterische Aufwallungen? Nun, die Stimmungslage korrespondiert durchaus mit der Faktenlage. Sechs Prozent der Deutschen seien als Arm, 13 Prozent als armutsgefährdet einzustufen; ohne staatliche Zuwendungen würde ein Viertel der Bevölkerung vereilen, so der Mann aus Berlin. Neugebauer zeichnete das Bild einer Dreidrittel-Gesellschaft, in welcher der Absturz sehr viel wahrscheinlicher sei als der Aufstieg. Wobei er sein Szenario mit Typen bevölkerte, die zumindest den Nicht-Politologen bisher fremd waren.

An der Spitze seines sozialen Rankings stehen „Leistungsindividualisten“ und „Etablierte Leistungsträger“, im Mittelfeld tummeln sich „Zufriedene Aufsteiger“ und „Selbstgenügsame Traditionalisten“, am unteren Ende der Sozial-Skala kümmern die Angehörigen des „Abgehängten Prekariats“ dahin. Eher nebenbei flocht Neugebauer ein, dass das Prekariat auf den lieben Gott besonders schlecht zu sprechen ist – gerade mal ein Prozent bezeichnet sich als religiös.

Kirche in einer gewerkschaftsfreien Zone

Womit das Stichwort für den Auftritt der Professoren Friedhelm Hengsbach und Anton Rauscher gegeben war – zweier Jesuitenpater fortgeschrittenen Alters, die das Publikum mit der ihrem Orden eigenen Mischung aus wissenschaftlicher Brillanz und religiöser Gewissheit beeindruckten.

Der Zusammenbruch der Feudalordnung und die Verelendung der Arbeiter im 19. Jahrhundert seien es laut Hengsbach gewesen, die das soziale Gewissen der Katholischen Kirche geschärft hatten. Die Kirche musste runter von der Kanzel und in Arbeitervierteln, Hospitälern und Waisenhäusern aktive Nächstenliebe praktizieren. Dazu kam, von Karl Marx in die Welt gesetzt, das Gespenst der Gleichmacherei und Gottlosigkeit. Die Gefahr, dass die Arbeiter massenweise vom kommunistischen Virus infiziert würden, habe eine beispiellose sozialpolitische Aufrüstung bewirkt. Dem Trend zur Vermassung habe man die urchrist-

lichen Werte der Würde und Einmaligkeit menschlichen Lebens entgegengesetzt.

Ko-Referent Rauscher rief Leo XIII. („Rerum novarum“) als frühen Zeugen für das sozialpolitische Engagement der Katholischen Kirche an. Zu seinen Zeiten als Nuntius in Belgien sei der spätere Papst mehrfach in Kohlebergwerke eingefahren und habe hernach den Zechenherrn den Marsch geblasen.

Arbeitsschutz, Kündigungsschutz und Altersvorsorge hätten, so Rauscher, schon im vorvorigen Jahrhundert auf der römischen Sozialagenda gestanden.

Mittlerweile würden selbst Arbeitskämpfe akzeptiert, jedenfalls dann, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgereizt und die Anliegen der Arbeitnehmer wirklich berechtigt seien.

Und der Kirchenbereich selbst? Der ist eine gewerkschaftsfreie Zone und wird es wohl auch bleiben. Echte Caritas braucht eben keine Bsirskes.

(Siehe Bericht Seite 17)

KREISBOTE vom 27. Oktober 2007:

25 Jahre dabei

Seit 25 Jahren arbeitet Michael Wräse in der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter überreichte ihm die Ehrenurkunde des Freistaates Bayern. Oberreuters Vorgänger Manfred Hättich hatte Wräse zunächst als Gärtner eingestellt. Für längere Zeit hatte dieser auch noch die Aufgaben des Hausmeisters und

Fahrers inne. Oberreuter lobte die Verdienste Wräses, der auch Personalrat und Sicherheitsbeauftragter ist, zudem als ehrenamtlicher BRK-Rettungssanitäter und Vorsitzender der Wasserwacht-Ortsgruppe in Tutzing bekannt sei. „Ein guter Ruf, der auch auf die Akademie zurückfällt“, betonte Oberreuter bei der Überreichung der Ehrenurkunde.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

2-1 11. – 13. Januar

Marsch durch die Institutionen

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

3-1 14. – 18. Januar

Nachgebohrt – Die Kunst des Fragens

Interviewtraining für Volontäre

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Helmuth Rücker

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

4-1* 21. – 25. Januar

Der Westen und die islamische Welt

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

4-2* 21. – 23. Januar

Die bleierne Zeit

Die RAF und ihre Aufarbeitung in Literatur und Film

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

4-4* 25. – 26. Januar

Perspektiven der Politischen Theorie und Ideengeschichte in Bayern

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)

Leitung: Gero Kellermann / Rainer-Olaf Schultze

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Februar

7-1* 11. – 13. Februar

**Die Europäische Union und ihre neuen Mitglieder –
Probleme und Erfolge im Prozess der Transformation**

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

7-2* 11. – 15. Februar

Soziales Lernen für eine humane Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

7-3* 14. – 16. Februar

1968 – ein Mythos der Bonner Republik: Deutungen, Bilanzen, Kontroversen

In Kooperation mit dem Arbeitskreis „Politik, Kultur, Sprache“ der DVPW

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

8-1* 18. – 22. Februar

Internationale Politik

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Claudia Reichmann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

8-2 22. – 24. Februar

Patriotismus – Bindekraft oder Sprengsatz?

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/257-50

9-1* 25. – 29. Februar

Medien und Politik

Zeitgeschichte in Literatur und Film

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

9-2 25. – 28. Februar

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Stefan Köppl / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

9-3 29. Februar – 1. März

Neues aus den Archiven – Einblicke in die SED-Diktatur

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

10-1* 3. – 5. März

At the Top End of the Continent: South Africa

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung: Städtische Schulen über PI; andere direkt an uns

10-3 7. – 8. März

Klima im Wandel – Neue Energiepolitik für Europa und Deutschland

In Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Leitung: Wolfgang Quaisser / Karl-Heinz Willenborg / Henning Arp

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-1* 10. – 14. März

Zwei Staaten in Deutschland und die Wiedervereinigung:

Rückblick auf 60 Jahre Zeitgeschichte

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-2* 10. – 14. März

Geschlechterrollen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-4 14. – 16. März

Beijing 2008 – die Welt blickt auf China

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

12-1 17. – 18. März

Lernziel Alltagskompetenzen – Aufgaben für die Schule?

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft (BayLAH)

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

13-1* 25. – 28. März

Schülerforum Politik: Die Suche nach dem Frieden der Welt

In Zusammenarbeit mit dem Bildungspakt Bayern

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Claudia Piatzer

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte in München und Passau zur Reformfähigkeit der Demokratie. Bei den Alexandersbader Gesprächen sprach er zur Frage „Was hilft gegen Politikverdrossenheit?“. Auf der Jahrestagung der Görres-Gesellschaft in Fulda leitete er die politikwissenschaftliche Sektionsveranstaltung zum Thema „Herbst des Terrors nach 30 Jahren“ und hielt einen Vortrag über „Zeitgenössische Betrachtungen zur Terrorismusdeutung“. In Ebersberg hielt er einen Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit. Auf der 31. Jahrestagung der German Studies Association referierte er in San Diego über Stoibers Sturz. In Markt Schwaben diskutierte er bei den Sonntagsgesprächen mit Friedemann Greiner und Florian Schuller zum Thema „Warum lernen?“.

Der Direktor und das gesamte Team der Akademie wünschen allen unseren Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr!

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber bietet im Wintersemester 2007/08 am Geschwister Scholl-Institut der Universität München die Lehrveranstaltung „China auf dem Weg zur Weltmacht?“ an.

Dr. Gero Kellermann hat im September 2007 seine Tätigkeit in der Akademie begonnen und ist als Nachfolger von Dr. Michael Piazolo zuständig für den Bereich „Rechtliche Grundlagen der Politik“. Wir werden ihn im nächsten Heft näher vorstellen. Er hielt auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wissenschafts- und Technikforschung „Im Spannungsfeld zwischen Intellectual Property Rights und Open Source: Wissenschaft und Technik zwischen Privatisierung und Universalismus“ an der Universität Bielefeld den Vortrag „Der Zugriff auf wissenschaftliche Datenbanken als Thema der internationalen Rechtsetzung“.

Stefan Köppel bietet im Wintersemester 2007/08 im Rahmen eines Lehrauftrags an der Universität Passau ein Proseminar zum Thema „Wahlrecht(sreformen) und Parteiensysteme“ an.

Dr. Wolfgang Quaisser referierte auf der Tagung des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) „The impact of EU-Enlargement on the European integration and the global economy“ in München zu dem Thema: „The economic integration of the new member states in the EU“.

Dr. Michael Schröder referierte im Goethe-Institut München über die Halbzeitbilanz der Großen Koalition und die aktuelle politische Situation in Deutschland und Bayern.

Miriam Wolf, Assistentin und zuständig für den Themenbereich „Politische Theorie und Grundwerte“, hat nach über 5-jähriger Tätigkeit die Akademie verlassen. Wir danken ihr für ihren Einsatz und wünschen für die berufliche Zukunft alles Gute.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)**

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing